

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreispaltige Pettzeile 30 Pfg., für Mitgliederkassen 20 Pfg.

Die Wirkung der Wirtschaftskrise auf unser Gewerbe und unsere Organisation.

II.

Wir haben im vorigen Artikel nachgewiesen, wie die Wirtschaftskrise auch auf unsere Berufe unheilvoll einwirkt und kolossale Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe unter den Arbeitern und Arbeiterinnen heraufbeschwört. Steht schon in ruhigen Geschäftsperioden unsere Organisation in bezug auf die Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder und infolgedessen auch in bezug auf die Unterstützungsleistung von allen Gewerkschaftsorganisationen obenan, wie die Zusammenstellung der Kommission für Arbeiterstatistik im „Reichsarbeitsblatt“ beweist (diese Arbeitslosigkeit war auch zu Zeiten der letzten wirtschaftlichen Hochkonjunktur nur um ein Geringes zurückgegangen, denn es kamen im Juni 1907 auf 100 offene Stellen 107,5 Arbeitssuchende, im Januar desselben Jahres 138,1 und im Dezember sogar 156,5 Arbeitssuchende), so nimmt diese Arbeitslosigkeit zu Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges geradezu unheimlichen Umfang an. Sie belastet die Organisation naturnotwendig mit kolossalen Ausgaben an Arbeitslosen-, Reise- und auch an Krankenunterstützung. Und wie die Ausgaben der Unterstützung im ersten Halbjahre 1908 im Vergleich zu den beiden Halbjahren 1907 gestiegen sind, das wollen wir unseren Lesern an Hand der nachfolgenden Tabelle beweisen. Es wurden an Unterstützung gezahlt:

Arbeitslosen-Unterstützung.

	1. Halbjahr 1907			2. Halbjahr 1907			1. Halbjahr 1908		
	Tage	M.	ℳ	Tage	M.	ℳ	Tage	M.	ℳ
Pro Tag M. 0,50	—	—	—	209	104	50	449	224	50
" " " 0,60	—	—	—	—	—	—	28	16	80
" " " 1,-	15197	15197	—	14453	14453	—	17650	17650	—
" " " 1,20	5760	6912	—	7371	8845	20	7233	8679	60
" " " 1,50	2903	4354	50	2648	3972	—	4395	6592	50
Summa...	23860	26463	50	24681	27374	70	29755	33163	40

Reise-Unterstützung.

	1. Halbjahr 1907			2. Halbjahr 1907			1. Halbjahr 1908		
	Tage	M.	ℳ	Tage	M.	ℳ	Tage	M.	ℳ
Pro Tag M. 1,-	1723	1723	—	1900	1900	—	2442	2442	—
" " " 1,20	286	343	20	509	610	80	505	606	—
" " " 1,50	163	244	50	180	270	—	90	135	—
Summa...	2172	2310	70	2589	2780	80	3037	3183	—

Kranken-Unterstützung.

	1. Halbjahr 1907			2. Halbjahr 1907			1. Halbjahr 1908		
	Tage	M.	ℳ	Tage	M.	ℳ	Tage	M.	ℳ
Pro Tag M. 0,50	—	—	—	2440	1220	—	2671	1335	50
" " " 0,60	—	—	—	633	379	80	662	397	20
" " " 0,75	—	—	—	2	1	50	66	49	50
" " " 1,-	3640	3640	—	4702	4702	—	5985	5985	—
" " " 1,20	—	—	—	2783	3339	60	2821	3385	20
" " " 1,50	—	—	—	2068	3102	—	3182	4773	—
Summa...	3640	3640	—	12628	12744	90	15387	15925	40

Insgesamt.

	1. Halbjahr 1907			2. Halbjahr 1907			1. Halbjahr 1908		
	Tage	M.	ℳ	Tage	M.	ℳ	Tage	M.	ℳ
Arbeitslosen-Unterstützung	23860	26463	50	24681	27374	70	29755	33163	40
Reise-Unterstützung	2172	2310	70	2589	2780	80	3037	3183	—
Kranken-Unterstützung	3640	3640	—	12628	12744	90	15387	15925	40
Summa...	29672	32414	20	39898	42900	40	48179	52271	80

Im Jahre 1907: 69570 Tage M. 75314,60

Mit dem ersten Halbjahr 1907 hält das erste Halbjahr 1908 schlecht einen Vergleich aus, weil am 1. Juli 1907 der Verband der Konditoren mit 1982 Mitgliedern zu unserem Verbands übertrat. Vergleichen wir aber die Zahlen des zweiten Halbjahres 1907 mit denen vom ersten Halbjahr 1908 (die Mitgliederzahl ist in dieser Zeit nur um zirka 800 gewachsen), so ergibt sich, daß wir im ersten Halbjahr 1907 für rund 5000 Arbeitslosentage die Summe von rund M. 5800 an Arbeitslosenunterstützung mehr an unsere Mitglieder ausbezahlen mußten. Desgleichen wurde an reisende Mitglieder für rund 400 Tage M. 400 Reiseunterstützung mehr ausbezahlt. Und ganz gewaltig ist die Krankenunterstützung in die Höhe geschossen. Sie erhöhte sich um rund 2700 Tage mit M. 3200 Unterstützung.

Man wird nun behaupten, daß die Krankenunterstützung mit der Arbeitslosigkeit nichts zu kriegen hätte, sondern nur darauf hinwies, daß die Mitglieder in diesem Halbjahr mehr zu Krankheiten geneigt waren, als in dem vorhergegangenen Halbjahr. Die Erfahrung lehrt aber, daß diese beiden Fragen: Arbeitslosigkeit und Krankheit sehr eng zusammenhängen, und die letztere recht oft die Folge längerer Arbeitslosigkeit ist.

So zeigt uns die Zusammenstellung, daß wir insgesamt im ersten Halbjahr 1908 für rund 8300 Tage M. 9300 Unterstützung für arbeitslose, auf der Reise befindliche und für kranke Kollegen und Kolleginnen mehr ausgeben mußten als im zweiten Halbjahr 1907, und es ist schon heute vorauszusehen, daß darin im zweiten Halbjahr 1908 keine Besserung, sondern eine weitere Verschlechterung und damit eine noch größere Belastung der Organisationen mit Ausgaben für Unterstützungszwecke eintreten wird.

Mit derartigen schlechten Perioden muß natürlich eine Organisation mit ausgebautem Unterstützungssystem rechnen, und die Beiträge in unserer Organisation sind ja auch so bemessen, daß bisher das Anwachsen der Unterstützungsausgaben nicht etwa eine Verringerung des Vermögens der Organisation mit sich gebracht hat. Daß letzteres in diesem ersten Halbjahr 1908 nicht geschehen ist, hat aber seine Ursache auch mit darin, daß die Ausgaben der Organisation für Lohnbewegungen und Streiks wesentlich geringere waren als in jedem der beiden Halbjahre 1907. Wir haben nun damit zu rechnen — wie im vorigen Artikel schon nachgewiesen —, daß die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder und damit auch die Belastung der Organisation in der nächsten Zeit nicht geringer, sondern nur noch höher werden kann, denn bis jetzt sind noch keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß allgemein im Wirtschaftsleben ein Umschwung zum Besseren sich in kurzer Zeit bemerkbar machen würde. Mit dieser Tatsache muß die Leitung der Organisation auch in der nächsten Zukunft rechnen.

Hat nun die Leitung der Organisation schon in diesem Jahre aus wohlwollenden Gründen bei der Inangriffnahme von Lohnbewegungen in den einzelnen Orten ziemlich bremsen müssen, so wird sie das jedenfalls für die nächste Lohnbewegungsperiode in noch größerem Maße tun müssen, denn große Arbeitslosigkeit unter der Kollegenschaft, verbunden mit schlechtem Geschäftsgang, sind gerade nicht sehr erfolgversprechend bei Lohnkämpfen. Bei großer Arbeitslosigkeit in unserem Berufe wird es den Arbeitgebern bei unseren Streiks immer sehr viel leichter sein, Arbeitswillige nach den Streikorten zu schleppen, als das in flotter Geschäftsperiode möglich ist. Zu den vielen Arbeitslosen im Berufe selbst kommen dann noch die vielen geschäftlich zu Grunde gerichteten früheren Bäckmeister, und während von ersteren mancher aus Not sich dazu berleiten läßt, bei Streiks unseren Kollegen als Verräter in den Rücken zu fallen, tun es letztere,

die sich in ihrem Elend trotzdem noch in dem Wahne befinden, mit den Meistern zusammenhalten zu müssen, ohne weiteres. Sie sind sozusagen die ständigen Verräter bei unseren Lohnkämpfen, bis sie endlich von Arbeitgeberseite einen Fußtritt nach dem anderen erhalten und dann einsehen lernen, daß sie Arbeiter sind und mit in die Reihen unserer Organisation gehören.

Zu diesem Umstand, daß die Arbeitgeber wieder eher auf Arbeitswillige bei unseren Lohnkämpfen rechnen können als zu Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, kommt aber noch die weitere, sehr bedeutende Erscheinung, daß auch die organisierte Arbeiterschaft, die uns bisher noch bei allen unseren Lohnkämpfen durch den Boykott gegen die Arbeitgeber, die unsere Forderungen nicht bewilligten, unterstützte, in Zeiten mit großer Arbeitslosigkeit und infolgedessen mit großer Verschuldung und Abhängigkeit der Arbeiterfamilien von den Kleinhändlern und Kleinhändlerwerkern der Nahrungsmittelbranchen lange nicht in dem Maße durch eine wirksame Boykottführung uns unterstützen kann, als das geschehen kann und auch geschieht, wenn wir uns in der wirtschaftlichen Hochkonjunktur befinden.

Diese wohlwollenden Gründe sind es auch, die uns und unseren Kollegen sagen müssen, daß leider nach einer Zeit vieler und zum größten Teile erfolgreicher Kämpfe wieder eine Zeit ohne größere Lohnkämpfe in unserem Berufe folgen muß; statt dessen muß alles daran gesetzt werden, die Organisation durch energische und planmäßige Schulung der Mitglieder sowie durch eine äußerst rege betriebene Aufklärungsarbeit unter den unorganisierten Massen von Kollegen und Kolleginnen nach innen in ihren Einrichtungen und nach außen in der Mitgliederzahl bedeutend zu stärken und auszubauen, damit wir, wenn die Wirtschaftskrise wieder einmal einer besseren Geschäftsperiode Platz macht, dann soweit in jeder Beziehung gestärkt sind, um mit noch größerem Erfolge als bisher daran gehen zu können, durch Lohnkämpfe unsere an vielen Orten noch so tieftraurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen menschenwürdiger zu gestalten.

Die Erfahrung hat uns zur Genüge gelehrt, daß in unserer Organisation kein Rückschritt, sondern auch dann noch ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen sein kann, wenn wir aus Rücksichten auf das allgemein schlechte Wirtschaftsleben nicht in der Lage sind, durch größere Lohnkämpfe zu versuchen, unsere Hauptaufgabe zu erfüllen, nämlich unsere so traurigen Lebensbedingungen auf ein höheres Niveau zu heben. Nur muß dann an Stelle der Lohnkämpfe eine außerordentlich rege Schulung und Bildung der Mitglieder und Heranziehung derselben zu eifrigster Werbearbeit für die Ausbreitung des Verbandes treten. In den Jahren 1902 und 1903 hatten wir fast gar keine Lohnkämpfe zu verzeichnen, weil genau so wie jetzt die Wirtschaftskrise uns zwang, mit Gewehr bei Fuß im Kampfe zu stehen, und nur alles aufzubieten, unsere bisherigen Errungenschaften nicht wieder zu verlieren. Statt dessen führten wir in jenen Jahren große organisatorische Probleme durch: Im Jahre 1901 war der Beitrag von monatlich 80 ℳ auf wöchentlich 30 ℳ erhöht worden, und wurde durch Urabstimmung zu Beginn 1902 bereits wieder von wöchentlich 30 ℳ auf 40 ℳ erhöht, um die Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung in der Organisation zur Einführung bringen zu können. Diesen erhöhten Beitrag mußten die Mitglieder das ganze Jahr 1902 hindurch zahlen, ohne schon Unterstützung beziehen zu können,

sondern die **Auszahlung** der Unterstützung trat erst mit Beginn des Jahres 1908 in Kraft. Wie wir damals mit Recht hervorhoben, gehörte das Jahr 1902 zu denjenigen Jahren, wo gewissermaßen die Mitglieder in der Organisation ihre Feuerprobe durchzumachen hatten.

Und was lehrten uns die Jahre 1902 und 1903, trotzdem wir in denselben fast gar keine Lohnkämpfe hatten, dagegen aber durch die Neueinrichtungen außerordentlich große finanzielle Opfer den Mitgliedern auferlegten? Unsere Mitgliederzahl vermehrte sich vom Jahresdurchschnitt 1901 von 4651 auf 4760 im Jahre 1902 und auf 5565 im Jahre 1903 (immer Jahresdurchschnitt). Das war eine Entwicklung, mit der man wohl zufrieden sein konnte, wenn man die Begleitumstände in Betracht zieht.

Heute zählt die Organisation die vierfache Mitgliederzahl von damals, und ganz selbstverständlich ist es, daß mit der zunehmenden Mitgliederzahl und den erhöhten Leistungen in der Unterstützung auch die Werbekraft der Organisation ganz bedeutend gewachsen ist.

Es bedarf also nur außerordentlich reger Tätigkeit in den Zahlstellen, des ständigen Ansporns an unsere Mitglieder, tüchtig mitzuwirken zur Stärkung der Organisation; dann muß auch von denselben eine planmäßige Aufklärungsarbeit unter den Unorganisierten in die Wege geleitet werden. Und wenn dieses geschieht, dann werden wir auch die Krisenjahre nicht bloß ohne Verlust an Mitgliedern, sondern unter regem Aufschwung nach außen und unter regem und planmäßigem Ausbau der Organisation in ihren inneren Einrichtungen überwinden können.

Seitens vieler unserer Führer wird in letzter Zeit so oft, und gewiß meistens mit Recht, darüber geklagt, daß große Kreise unter unseren Mitgliedern, besonders aber derjenigen Mitglieder, die sich in Genossenschaftsbetrieben in sicherer Stellung befinden, nicht mehr mit der Begeisterung und dem Opfermut in der Agitation und Aufklärungsarbeit mitwirken, wie diese Kollegen das früher getan haben. Darin muß unbedingt ein Wandel zum Besseren eintreten, denn alle unsere Mitglieder haben das allergrößte Interesse daran, die Organisation und ihre Mitgliederzahl ständig zu vergrößern, weil damit auch die Leistungsfähigkeit und Schlagfertigkeit der Organisation bei zukünftigen Lohnkämpfen wächst, und in der Unterstützung bei gleichbleibenden Beiträgen mehr geleistet werden kann als bisher!

Deshalb auf die Schanzen, Verbandsmitglieder, zu rühriger und energischer Verarbeitung für die Stärkung und den Ausbau der Organisation!

Zur Arbeitslage.

Eine weitere Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarkts! so lautet die Signatur für den verflochtenen Monat August. Die Aussicht, daß gegen den Herbst hin eine Belebung eintreten wird, ist mit dieser Feststellung bedenklich geschwunden. Wenn die Herbstsaison nicht noch unvermittelt lebhafter wird, gehen wir einem Winter entgegen, dessen Schrecken wir nicht ausmalen wollen.

Bei den an die **Verichterstattung** des „Arbeitsmarkt“ angefallenen Arbeitsnachweisen entfielen im Monat August auf je 100 offenen Stellen 163,8 Arbeitsuchende gegen 107,1 im Vorjahr. Eine noch stärkere Zunahme zeigt sich bei den Arbeitsnachweisen, die an das Kaiserl. Stat. Amt berichten. Weist uns das ja auch dieselben Nachweise, die dem „Arbeitsmarkt“ Berichte liefern. Das Kaiserl. Stat. Amt umfaßt nur einen größeren Kreis von Arbeitsnachweisen; damit geben die Ziffern natürlich auch ein vollkommeneres Bild. Bei 672 für den Monat berichtenden Nachweisen standen für männliche Arbeitsuchende rund 214 000 Gesuchen rund 128 000 offene Stellen und rund 100 000 Vermittlungen, für weibliche Arbeitsuchende rund 45 000 Gesuchen rund 49 000 Stellen und 28 000 Vermittlungen gegenüber. Auf je 100 offene Stellen entfielen 190 männliche Arbeitsuchende gegen 122 im Vorjahr, auf 100 weibliche Stellen kamen 93 Arbeitsuchende gegen 78 im Vorjahr. Es ist danach eine erhebliche Verschlechterung sowohl des männlichen als weiblichen Arbeitsmarktes zu konstatieren. Bei den an das Kaiserl. Stat. Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich vom 1. August auf den 1. September eine Abnahme der Beschäftigungsziffer um 941 Personen gegenüber einer Zunahme von 17 685 Personen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das sind Ziffern, die die eingetretene Krise in ihrer vollen Wucht erkennen lassen.

Ueber die Arbeitslage im allgemeinen schreibt zwar das „Reichsarbeitsblatt“, daß sich die Lage gegen den Vormonat wenig verändert habe. Die Lage im Maschinenbau könne als leidlich, die in der chemischen und elektrischen Industrie als befriedigend bezeichnet werden. Von der Textilindustrie wird gesagt, daß sich die ungünstige Lage weiter verschlechtert hat. Auch im Baugewerbe sei ein Niedergang eingetreten. Die üblichen Saisoninflüsse machten sich besonders bemerkbar. Von der Landwirtschaft und den Kurorten strömen namentlich weibliche Arbeitskräfte der Industrie zu.

Was unsern Beruf betrifft, so sind im Monat August bei den Facharbeitsnachweisen gegen den gleichen Monat des Vorjahres 87 Arbeitsuchende weniger eingetragen worden. Dem steht aber auch eine Abnahme der offenen Stellen um 318 und der besetzten Stellen um 182 gegenüber. Unser Beruf ist also von der allgemeinen Verschlechterung nicht verschont geblieben. In die Konditorbranche bringt das Weihnachtsgeschäft etwas Belebung. Die Kaffee- und Waffelfabriken sind nach den Berichten aus dieser Industrie halbwegs ordentlich beschäftigt. Zahlenmäßige Vergleiche mit den früheren Monaten liegen nur für die Berufsgruppe „Nahrungsmittelindustrie“ vor; es ist daher nicht möglich, ein genaues Bild von der „Arbeitslage“

innerhalb der Berufe zu geben, die unser Verband umfaßt. In der Gruppe „Nahrungsmittelindustrie“ entfielen im Monat August auf je 100 offenen Stellen 160 männliche und 80 weibliche Arbeitsuchende gegen 133 und 80 im Parallelmonat des Vorjahres.

Im Monat September hat sich das Bild nur ganz unwesentlich verändert; die rückläufige Konjunktur bringt es mit sich, daß Erfreuliches nicht sobald wird berichtet werden können, welche Behauptung durch die später erscheinenden Septemberziffern bewiesen werden wird.

Ungehörte Verleumdung der Hamburger Bäckergehilfen!

Auf unsere Offene Anfrage an das Ehrenmitglied des gelben Bundes in Berlin, den Herrn Bäckermeister Gaede, ob er wirklich der Urheber der in Nr. 18 des Hartmannblattes abgedruckten Verleumdung sei, nämlich daß die Hamburger Bäckergehilfen zu 45 pZt. geschlechtlich krank wären, hat der Herr bisher sich noch nicht gemüht geantwortet, zu antworten! Er scheint also in der Tat derjenige zu sein, der diese ungeheuerliche Behauptung in die Welt gesetzt hat und somit in frivoler Weise die Gesamtheit der Hamburger Bäckergehilfen beleidigt.

Damit die Öffentlichkeit erfährt, wie die Gesundheitsverhältnisse der Hamburger Bäckergehilfen in Wirklichkeit beschaffen sind, bringen wir aus dem Jahresbericht 1907 der Hamburger Innungs-Krankenkasse — also doch jedenfalls aus einwandfreier Quelle, aus der Herr Gaede selber schöpfen konnte — die nachstehenden Zahlen:

Krankmeldungen erfolgten im Berichtsjahre:	
Von Gesellen	767
„ Lehrlingen	101
„ sonstigen männlichen Mitgliedern	348

Die Krankmeldungen betragen in Prozenten der Gesamtheit: Bei den Gesellen

Bei den Gesellen	66,23 pZt.
„ Lehrlingen	56,42 „
„ sonstigen männlichen Mitgliedern	74,70 „

Ueber die Krankheitsursache finden wir folgende Aufstellung: Geschlechtskrankheit: 91 Fälle, davon 78 Kranke erwerbsunfähig.

Zu diesem Zahlenmaterial macht nun die Innung in ihrem Bericht noch folgende Bemerkung:

„Besonders auffällig ist bei dieser Zusammenstellung der hohe Prozentsatz der Geschlechtskranken. Ausweislich der früheren Statistiken befanden sich in den sieben Jahren 1900 bis 1906 unter 8587 Krankmeldungen 398 Fälle mit Geschlechtskrankheit, was einem Durchschnittssatz von 4,65 pZt. entspricht; die diesmalige Zusammenstellung ergibt dagegen 6,59 pZt. Geschlechtskranken und zeigt damit, daß sich die Zahl dieser Patienten recht erheblich vermehrt hat.“

Wir müssen schon diese Bemerkung als eine tendenziöse Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Innung bezeichnen! Wenn im Jahre 1907 die Zahl der geschlechtlichen Erkrankungen um 1,94 pZt. gegen den Jahresdurchschnitt der letzten sieben Jahre gestiegen war, so ist noch lange nicht gesagt, ob eine annähernd hohe Ziffer nicht auch schon in einem der vorhergegangenen sieben Jahre zu verzeichnen war, denn diese Zahlen schwanken doch von Jahr zu Jahr in auf- und absteigender Linie. Und vor allem wissen doch die Herren, die in der Verwaltung der Innungskrankenkasse sitzen, ganz genau, daß in jeder Kasse die Krankmeldungen von Geschlechtskranken gestiegen sind, weil diese nach der letzten Novelle zum Krankenversicherungs-gesetz jetzt überall Heilmittel resp. Krankenunterstützung erhalten müssen, so daß naturgemäß jetzt auch die Kassenmitglieder nicht mehr so häufig wie früher diese Erkrankungen verheimlichen bzw. auf ihre Kosten kurieren lassen. Aber wenn auch die diesjährige Zahl der Erkrankungen eine im Verhältnis höhere wäre — wir bestreiten dies im Hinblick auf obige Tatsachen ganz entschieden! —, wie kommt immerhin der Herr Gaede dazu, das Zahlenmaterial in dieser Art zu entstellen und aus 6,59 pZt. der Erkrankungen im Handumdrehen 45 pZt. der gesamten Bäckergehilfen in Hamburg zu machen? Aus 91 Geschlechtskranken innerhalb eines Jahres unter 1800 Kassenmitgliedern — es sind darunter noch 200 Lehrlinge und 470 Hilfsarbeiter einbezogen! — macht man dreißt fast die Hälfte der Kollegen! Ein stärkeres Stück ist wohl noch nicht dagewesen und kennzeichnet die Art und Weise, wie man die kulturelle Förderung der Abschaffung des Kost- und Logiswesens bekämpfen zu können glaubt!

Chinesische Kulis werden den deutschen Arbeitern als Muster empfohlen!

I.

Das Wort des alten weisen Rabbi Ben Afta: „Alles schon dagewesen!“ ist zu schanden geworden. Ein hoher preuzischer Militär, der General und Generalinspektor Colmar von der Goltz, hat es zu schanden gemacht. Was unjüngeres Wissens bislang noch kein vernünftiger Mensch fertig gebracht, nämlich die chinesischen Kulis den deutschen Arbeitern als nachahmenswerte Vorbilder hinzustellen, das hat er fertig gebracht. In Berlin, der Stadt der Intelligenz, und zwar im großen Saale der Kriegsakademie, hielt der Herr General vor einer auserlesenen Gesellschaft einen Vortrag über: „Die gelbe Gefahr“, worin er betonte, daß in militärischer Beziehung Deutschland von China und Japan nichts zu befürchten habe, da das herrliche deutsche Kriegsheer allen Feinden gewachsen sei. Nachdem er dies Sprüchlein, das den Zuhörern gewiß sehr angenehm klang, aufgesagt hatte, hätte der gute Mann Schluß machen und nach Hause gehen können, er tat dies aber nicht, sondern begab sich — nach berühmten Mustern — auf das sozialpolitische Gebiet und verkündete folgende Weisheit: „Es besteht aber dennoch auch für uns Westeuropäer eine gelbe Gefahr. Sie liegt in der Ueberlegenheit, die der gelbe Mann gegenüber dem Westeuropäer an Disziplin, an National- und Massenbewußtsein besitzt, und die ganz besonders den japanischen und chinesischen Arbeiter gegenüber einem deutschen Arbeitsgenossen auszeichnet. In diesen jütlichen Vorzügen des gelben Arbeiters, die durch ethnische Mängel in anderer Hinsicht nicht aufgehoben werden, liegt nach meiner Meinung für unsere verdöhtnte Arbeiterschaft die wahre gelbe Gefahr und zugleich eine ernste Mahnung, es dem gelben Manne in diesen Eigenschaften gleichzutun, wenn

sie nicht die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf immer größeren Absatzgebieten des Weltmarktes gefährden und damit den Boden, von dem sie ihre Nahrung zieht, vernichten will.“ Das Scharfmacherblatt, die „Deutsche Arbeiterzeitung“, fügt noch folgenden Satz zu dem Bericht hinzu: „Ob die sozialdemokratische Presse ihren Lesern von diesen treffenden Worten eines Mannes, an dessen arbeiterfreundlichen Gesinnung sie zu zweifeln kein Recht hat, ohne die üblichen Schmähungen Kenntnis geben wird?“

Was zunächst, um mit dem Letzten anzufangen, die arbeiterfreundliche Gesinnung des Rede-Generals andert, so können wir allerdings darin, daß er den „verdöhtnten“ deutschen Arbeitern die kulturell so tiefstehenden Kulis als leuchtende Vorbilder empfiehlt, verflucht wenig Arbeiterfreundlichkeit entdecken. Schon der Ausdruck „verdöhtnte Arbeiterschaft“ läßt tief blicken und erinnert ganz bedenklich an die volle Kompostschüssel, die man den deutschen Arbeitern wegnehen möchte. Aber wir wollen dem Herrn General, der offenbar von der Lage der „verdöhtnten Arbeiterschaft“ keine Blasse Ahnung hat und deshalb besser seinen Mund gehalten hätte, seine in Unkenntnis getane Aeußerung weiter nicht verübeln. Es weht ja heutzutage in den oberen Regionen der Wind von Saarabien, und da darf man sich nicht wundern, wenn auch ein General das „Automobiltempo der Arbeiterfürsorge“ nicht mehr mitmachen will und der Sozialpolitik ein Halt zudonnert. Wir könnten somit den Herrn Colmar von der Goltz seinem Schicksale überlassen, wenn es uns nicht ganz interessant erschien, seine „treffenden Worte“ einmal vom Standpunkt der Volkswirtschaft, der Kultur und der Sozialmoral aus zu beleuchten. Wir wollen hoffen, es wird uns gelingen — auch „ohne die üblichen Schmähungen“ — den Nachweis zu erbringen, daß nach allen Richtungen hin seine Mahnung unangebracht ist, und daß die Arbeiterschaft, falls sie so töricht wäre, dieser Mahnung zu folgen, nicht nur sich selbst, sondern auch dem deutschen Vaterlande unbeschreiblichen Schaden zufügen würde.

Betrachten wir die Sache zunächst vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus und unteruchen wir, welche Folgen es für das wirtschaftliche Leben haben würde, wenn es gelänge, die deutschen Arbeiter auf das Niveau von Kulis herabzudrücken.

Was den gelben Arbeitern in den Augen des Ausbeutertums und dessen Helfershelfern am meisten zum Ruhme angerechnet wird, das ist ihre Anspruchlosigkeit. Es ist geradezu unglücklich, wie gering die Ansprüche sind, die ein Kuli ans Leben stellt, und es ist kaum zu sagen, mit welcher niedriger Entlohnung ein solch anspruchsloser Proletar auskommen kann. Man kann sich deshalb wohl denken, wie verlockend es den Kapitalisten klingen muß, wenn das Evangelium der niedrigen Löhne und der Zufriedenheit den deutschen Arbeitern gepredigt wird. Deshalb auch drückt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ mit solch innigem Wohlbehagen den Lobgesang auf die Kulis ab. Leider hat die Sache doch auch ihren Haken.

Würde die deutsche Arbeiterklasse sich selbst zum Kullikum degradieren, so hätte das Kapital freie Bahn und könnte die Löhne nach Belieben herabsetzen. Dadurch würden aber die Massenkaufräfte und der Massenkonsum naturgemäß sinken. Und welchen Einfluß würde dies auf die Produktion haben? Selbstverständlich müßte zunächst die Produktion der Massenkonsumartikel ganz bedeutend eingeschränkt werden. Der zum Kuli gewordene Arbeiter brauchte — um nur einige Beispiele herauszugreifen — keine Zigarren mehr und keine Bücher, keine weiße Wäsche und keine nahrhaften Speisen; jeglicher Komfort, der über die Befriedigung der nackten Existenz hinausgeht, wäre überflüssig geworden. Die meisten Betriebe, die für den Massenkonsum arbeiten, müßten die Hände zumachen und Hunderttausende von Arbeitern würden auf die Straße fliegen. Aber auch alle Betriebe, die indirekt dem Massenkonsum dienen, indem sie die nötigen Werkzeuge und Maschinen, die Verpackung und die Einrichtung liefern, sowie die Verkehrsinstitute, die Transport, Lagerung und Verteilung besorgen, würden unendlich Schaden leiden. Die Folgen für das Wirtschaftsleben wären unabsehbar.

Schon heute kann man sich eine schwache Vorstellung davon machen, wenn man die Zustände zur Zeit einer wirtschaftlichen Krise beobachtet. Die Krise hat ja ihren hauptsächlichsten Grund in der niedrigen Kaufräfte und in dem hieraus entstehenden Absatzmangel. Die „schlechten Zeiten“ zeigen sich darin, daß große Schichten der Bevölkerung infolge des geringen Verdienstes ihren Konsum in jeder Beziehung einschränken müssen. Infolge dessen können die Kaufleute und Händler ihre Ware nicht los werden. Daher die gefüllten Magazine und Speicher, die vollen Läden mit Waren, Schuhen und Kleidungsgegenständen und daneben die hungernden, barfußigen, zerlumpte Proletarier, die zu arm sind, um die notwendigen Unterhaltsmittel kaufen zu können. Darin besteht ja die Schwierigkeit des modernen Wirtschaftslebens, daß zu wenig konsumiert resp. gekauft werden kann, während die Produktivkraft der Arbeiter fortwährend im Steigen begriffen ist. Würden die deutschen Arbeiter ein solches Hundeleben führen, wie die Kulis, so würde das Wirtschaftsleben völlig ins Stocken geraten.

Aber auch der Kapitalismus als Ganzes müßte in sich selbst zusammenbrechen. Bekanntlich beruht die kapitalistische Gesellschaft auf der Warenproduktion, d. h. auf der Erzeugung von Gebrauchsgegenständen für andere. Der Kapitalist läßt seine Arbeiter Waren herstellen, die andere Menschen gebrauchen sollen. Natürlich tut er dies nicht aus Menschenliebe, sondern um Geld dafür zu bekommen, und zwar mehr Geld als die Produktion gekostet hat. Wird eine Ware nicht gekauft, weil sich kein Mensch findet, der sie haben will und zugleich das nötige Geld besitzt, so hat sie ihren Beruf verfehlt. Der Kapitalist hat in diesem Falle sein eigenes Geld vergeudet. Deshalb hat er ein lebhaftes Interesse daran, möglichst viel zahlungsfähige Menschen, ein kaufstüftiges Publikum, zu finden. Sein Interesse an der Zahlung niedriger Arbeitslöhne wird aufgewogen durch sein Interesse an einer hohen Kaufräfte der Masse, und schon heute empfindet er es unangenehm, wenn zu wenig Geld unter den Leuten ist. Das Gros der Kapitalisten ist allerdings kurzichtig genug, um den pri-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Berlin wurde auf Grund des § 8 des Statuts Richard Neumann (Buch-Nr. 33394) aus dem Verbandsausgeschlossen.

Aug. Rose (Buch-Nr. 11796) in Halberstadt hat den Verband um M. 15 Unterstützung betrogen und ist dann aus dem Verbandsausgetreten. Derselbe darf nicht wieder in den Verband aufgenommen werden; er ist also genau so wie ein ausgeschlossenes Mitglied zu behandeln.

Wir ersuchen nochmals dringend, daß alle Zahlstellenverwaltungen und Vertrauensleute, die altes Material, Flugblätter und event. andere Aufzeichnungen aus der alten Zeit der Bäcker- und Konditorenbewegung, wie überhaupt über die Geschichte unserer Berufe in Händen haben, oder dieselben beschaffen können, solche uns recht bald einsenden, damit begonnen werden kann, die vom Verbandsvorstand beschlossene Geschichte unseres Berufes und Verbandes aus der älteren Zeit bis ins Jahr 1895 zu schreiben. Etwas Unkosten, die aus solcher Beschaffung und Einsendung derartiger Materials entstehen, vergüte der Verbandsvorstand den Einsendern in angemessener Weise.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: D. Altmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 28. September bis 4. Oktober gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat September: Mitgliedschaft Berlin M. 4656,60, München 2080,50, Bielefeld 36,80, Landskron 115,10, Straßburg 66,90, Brandenburg 28, Essen 187,65, Magdeburg 445,05, Dortmund 110,35, Freiburg 99,60, Hannover 289,80, Bochum 137,20, St. Johann 84,20, Schönebeck 14,90, Lübeck 144,80, Hamburg-Altona 3125,40, Mannheim 500,55.

Restbestand: Kronach M. 4,60.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. N. Meischke M. 10, A. S. Bernburg 46,75, D. M. Böhncke 3, R. L. Prenzlau 4,50, R. E. Oberwiesendahl 3,50, M. B. Lörrach 21,50, F. B. Konstantz 16,50, F. K. Kleinleipisch 5, R. S. Dorchemm 15, B. S. Zwickau 29,50, G. B. Landsberg 23,50, B. U. Schrenkewald 20,50.

Für Abonnements und Annoncen: M. R. Halle M. 2, G. B. Hamburg 3,25, M. B. Berlin 3, G. P. München 13, F. S. Frankfurt 6, Mitgliedschaft Magdeburg 2,40.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Aus den Bezirken.

Freiburg i. Br. Alle Zuschriften, Geldsendungen usw. sind jetzt an die folgende Adresse zu richten: Emil Hafner, Kaiserstr. 135, 3. St.

Sersford (Berichtigung der Notiz in Nr. 40). Die Adresse des Vorsitzenden ist nach wie vor: H. Ritter, Ohmserstraße 246. Unterstützungsauszahlung und Zeitungsbetrieb liegt jedoch in Händen des Kollegen W. Windmann, Stiftberg 30.

Karlruhe. Die Reiseunterstützung wird von jetzt an bei Fr. Mährlein, Kaiserstr. 9, 3. St., ausbezahlt.

Mühlhausen i. G. Kassierer der Zahlstelle ist jetzt A. Heinrich, Illzacherstraße 113, bei dem auch die Anmeldungen betreffs Unterstützung und deren Abhebung erfolgen. Derselbe ist zu sprechen mittags von 12 bis 1½ und abends von 6 bis 7½ Uhr.

Aus der Konditorei-,

Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Eine ungültige Polizeiverordnung? In einem bürgerlichen Blatte von Frankfurt a. M. befindet sich folgender Bericht über eine Gerichtsverhandlung:

Nach einer Polizeiverordnung sind den Konditorgehilfen an den drei Hauptfeiertagen Oftern, Pfingsten und Weihnachten 36 Stunden Ruhepause hintereinander zu gewähren. Die Ruhezeit muß spätestens um 8 Uhr vormittags am zweiten Feiertag beginnen. Diese Verordnung wurde nur im städtischen Amtsblatt veröffentlicht, obwohl sie vom Regierungspräsidenten veröffentlicht sein mußte. Der Konditor Maasson in Wiesbaden hatte an beiden Osterfeiertagen zwei Gehilfen von morgens 5 Uhr bis nachmittags 12½ Uhr beschäftigt. Er will geglaubt haben, daß er dazu berechtigt war, weil er die Verordnung so aufgefaßt habe, daß die Ruhezeit nur den in den Vororten Frankfurt beschäftigten Konditorgehilfen zu gewähren sei. Dies behauptete er vor dem Schöffengericht, denn er hatte wegen Uebertretung der Polizeiverordnung einen Strafzettel bekommen und richterliche Entscheidung beantragt. Vor Gericht wies sein Verteidiger nach, daß tatsächlich die Verordnung unglücklich gedruckt worden war. Direkt unter dem Passus, der von den kleineren Orten der Umgebung sprach, war der Abschnitt angebracht, der die 36stündige Ruhezeit forderte. Man konnte also recht gut der Meinung sein, die beiden Abschnitte gehörten zusammen und der letzte habe mit dem vorausgehenden nichts zu tun. Aber selbst wenn hier kein Fehler in der Drucklegung stattgefunden habe und die Verordnung so aufzufassen sei, wie es der Gesetzgeber wünschte, sei sie doch ungültig, weil sie unmögliches verlange. Es könne keinem Konditor zugemutet wer-

den, daß er am zweiten Feiertag z. B. Creme, die mittags um 1 Uhr abzuliefern sei, schon vor 8 Uhr morgens anfertigen lasse. Die Ware verderbe dann und gefährde die Gesundheit des Publikums. Um über diese Tatsache Auskunft zu geben, war der Innungsmeister der Konditoren als Sachverständiger geladen. Das Gericht vernahm ihn aber nicht, weil es die Frage offen ließ, ob die Polizeiverordnung gültig sei oder nicht. Es vertritt den Standpunkt, daß die Verordnung so aufzufassen sei, wie sie von dem Publikum verstanden werde. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Wir sind nur neugierig, ob sich die Polizeibehörde in diesem Falle mit dem Entscheid des Gerichtes zufrieden gibt! Anzunehmen ist schon, daß die winzige Ruhezeit, die an den zweiten Feiertagen den Konditorgehilfen zugestanden wurde, nach diesem Urteile wieder stillschweigend in die Versenkung verschwindet. Wir wollen aber hoffen, daß unsere Wiesbadener Kollegen sofort gründlich gegen diese Absicht Stellung nehmen; die Organisation am Orte wird alles versuchen, ihnen ihre Rechte zu wahren.

Die Vereinigung deutscher Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten.

I.

Neben dem Verbands der Schokoladenindustriellen Deutschlands hat sich bekanntlich seit einigen Jahren noch eine Vereinigung deutscher Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten gebildet, welche eifrig an ihrer Weiterentwicklung arbeitet und außer rein geschäftlichen Anlässen natürlich auch der Arbeiterbewegung im Verufe großes Interesse entgegenbringt. Sie umfaßt gegenwärtig weit über 300 Einzelunternehmen und hat in einer Reihe von Städten Ortsvereine errichtet. Mit dem älteren Spezialverbande für die eigentliche Schokoladenindustrie hält man nach einigen gegenseitigen Klärungen über die Zweckmäßigkeit der Gründung und über die Benennung der Vereinigung jetzt das beste Einvernehmen und hat verschiedentlich betont, daß gerade in Hinblick auf die drohende Gefahr einer ernstlichen Arbeiterbewegung innerhalb der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie beide Organisationen möglichst Hand in Hand vorzugehen haben. Unsere ständigen Kämpfe in der Presse gegen die bestehenden, vielfach geradezu skandalösen Arbeitsverhältnisse, unsere direkten Aktionen in Herford, Berlin, Hamburg, München, Nürnberg haben die Herren aus ihrer früheren spöttischen Gleichgültigkeit gegenüber unserer Organisation aufgerüttelt; wenn sie in den ersten Jahren unseres Daseins meinten, wir würden in absehbarer Zeit nicht die Kräfte zu Angriffen großen Stiles sammeln, so sind sie jetzt eines besseren belehrt und suchen nun das Verfaßte schleunigst und möglichst vollständig nachzuholen. Es vergeht kein Zusammenkunft, keine Vorstandssitzung, keine Hauptversammlung, in welcher die Erörterungen über unsere Kämpfe und eventuell zu ergreifende Gegenmaßnahmen nicht einen breiten Raum der Verhandlungen einnehmen und unser bisheriges Vorgehen — es sind nur größere oder kleinere Vorpostengefechte geliefert worden — hat weder das Groß noch die Führer in jenem Lager belehrt, daß auch unsere Industrie sich bequemen muß, einen Uebergang vom autokratischen zum konstitutionellen Betriebssystem zu finden. Von denjenigen Personen, die jetzt die erste Violine im Konzert der Unternehmer spielen, — der Vorsitzende ist derselbe Herr Louis Hirsch, der in Braunschweig seine Produkte zu einem wesentlichen Teil in den Landesstrafanstalten herstellen läßt und von den anderen nennen wir die Herren C. Siemens (Gebr. Siemens), Halberstadt; G. Dau (Niemann & Dau), Hamburg; Richard Giese (F. u. A. Taffler), Berlin; G. Wahlster, St. Johann; Richard Lehmann (Gebr. Lehmann), Neberstedt; G. Wilbhausen, Rixing —, ist eine solche Erkenntnis auch gar nicht zu erwarten. Einige der Herren stehen auf dem allerreaktionärsten Standpunkte; Arbeiterorganisationen müßten ihrer Meinung nach überhaupt aus- einandergeragt werden.

Das alles ist unseren älteren Berufsgenossen ziemlich bekannt; es ist aber notwendig, auch unseren jüngeren Kollegen und all den Mitgliedern unseres Verbandes, die nicht direkt unter der Fuchtel dieser süßen Unternehmergruppe stehen, einmal ausführlich in einigen Artikeln zu zeigen, mit wieviel Eifer, Konsequenz und Geschlossenheit diese schon immer den Kampf gegen uns führen. Je besser jeder den Gegner kennt, um so leichter der Kampf! Wir nehmen deshalb aus unserer Mappe etwas älteres Material, dessen Wert noch nicht erloschen ist, hervor — es ist uns feinerzeit von einem früheren Berliner Arbeitgeber freundlichst zugestellt worden — und später, wenn wir die Gelegenheit gegeben erachten, werden wir auch auf einige der in jüngerer Zeit gepflogenen Verhandlungen und Abmachungen eingehen.

Hören wir vor allen Dingen, mit welchen Absichten die Scharfmacher vor einigen Jahren an die Gründung des Zentralarbeitsnachweises gingen, und welche Gedanken sie sich sonst in bezug auf Sozialpolitik machten. Am besten erkennt man ihre schöne Gesinnung an einem Vortrage, den sie sich von dem Syndikus des sächsischen Arbeitgeberverbandes halten ließen und der ihren ungeteilten Beifall fand. Wir geben deshalb diese Ausführungen in ihrem Hauptpunkte wieder. Der Herr sagte auf der Hauptversammlung in Dresden im Jahre 1906:

„Zur Abwehr von Streiks, meine Herren, ist als erste, selbstverständliche Maßregel die Sperre der streikenden Arbeiter zu nennen. Die NichtEinstellung streikender bzw. ausgesperrter Arbeiter haben sich die organisierten Arbeitgeber gegenseitig garantiert. . . . Es ist in dieser Beziehung durch Kartellvertrag mit der Hauptstelle ein Abkommen getroffen worden, daß diese Arbeiter gegenseitig nicht zur Einstellung gelangen dürfen, wodurch naturgemäß dieses Kampfmittel bedeutend wirkungsvoller wird. Am sichersten wird diese Maßregel in den Verbänden durchgeführt, welche Arbeitsnachweise besitzen. Diese Arbeitsnachweise dienen als alleinige Vermittlungsstelle der Ar-

beiter und ermöglichen damit eine viel leichtere und schärfere Kontrolle über die streikenden Arbeiter, so daß verheerliche Einstellungen fast ausgeschlossen werden. Diese verheerlichen Einstellungen nach Möglichkeit zu verhindern ist aber unbedingt notwendig, denn es ist schwer, die verheerlich Eingestellten wieder sogleich aus den Betrieben zu entfernen. . . .

Meine Herren, ein besonderes Interesse bietet dem bestreikten Arbeitgeber der Arbeitswillige, der entweder die Arbeitsstätte trotz der Drohungen seiner Kollegen nicht verläßt oder an Stelle der streikenden Arbeiter neu in den Betrieb eingetreten ist. Diese Leute zu schützen liegt durchaus im Interesse des Arbeitgebers, denn wenn er dies versäumt, so werden diese Arbeitswilligen bei einem nächsten Streit viel leichter geneigt sein, sich den streikenden Kollegen anzuschließen. Der Schutz ist in erster Linie dadurch zu bewerkstelligen, daß bei Gefahr tätlicher Beleidigung durch die Streikenden, und diese Gefahr liegt fast regelmäßig vor — (sic!) die Polizeiorgane um persönlichen Schutz der Arbeitswilligen ersucht werden. Diese führen die Arbeitswilligen von der Fabrik und nach der Fabrik; bei isoliert liegenden Betrieben empfiehlt es sich, die Arbeitswilligen in der Fabrik unterzubringen und dort zu verpflegen, was noch den großen Vorteil bietet, daß dieselben auch noch den Ueberredungsversuchen der Streikenden völlig entzogen werden.

Sollte es trotzdem vorkommen, daß die Arbeitswilligen von den Streikenden tätlich beleidigt werden, so haben die Arbeitgeber ihre Arbeiter zur Einleitung von Strafprozessen anzuhalten, damit die Schuldingen einer strengen Bestrafung durch den Richter nicht entgehen. Bei notwendig werdenden Zivilprozessen empfiehlt es sich, die Betroffenen auch sekundär bei Führung derselben zu unterstützen.

Besonders muß der Arbeitgeber darauf sehen, daß die Arbeitswilligen auch nach Beendigung der Differenzen in seinem Betriebe weiter beschäftigt werden, wenn sie irgend den gestellten Forderungen genügen. Belästigungen durch die Organisierten müssen streng bestraft werden.

Nun ließ der Herr sein Licht auf einem anderen Gebiete leuchten; zunächst forderte er auf, kräftig gegen die Maifeier der Arbeiter Stellung zu nehmen, und dann wandte er sich den Tarifverträgen zu und sein sozialpolitisches Herz offenbart sich in dieser Beziehung im folgenden:

„Meine Herren! Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Tarifverträge mit den Arbeiterorganisationen, vor denen nicht dringlich genug gewarnt werden kann! Leider reden den sogenannten Tarifverträgen sogar einzelne Regierungen (Bayern) und Handelskammern (Berlin) das Wort. Das darf die Arbeitgeber aber nicht hindern, sich dagegen zu wehren.

Der kollektive Arbeitsvertrag sollte sich auf Abmachungen allgemeiner Art, die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Arbeitszeit, beschränken. Eine weitergehende, den inneren Betrieb berührende Schematisierung kann unsere Industrie bei der Mannigfaltigkeit ihrer Betriebsformen nicht vertragen, ohne an ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande erheblich zu verlieren. Ferner kommt in Betracht, daß sich die Kontrahenten in sehr ungleicher Weise an den Vertrag gebunden fühlen. Der Unternehmer muß die vereinbarten Löhne auch bei sinkender Konjunktur zahlen, während der Arbeiter bei steigender Konjunktur den Vertrag nicht einhält, sondern ihn unbedenklich bricht, um noch bessere Bedingungen wie die vereinbarten zu erzwingen. Eine Sanktionierung des Arbeiters seitens des Unternehmers ist in der Regel erfolglos, da der Arbeiter seine Spatzgelber meist seiner Organisation zugewandt hat, die aber für den dem Arbeitgeber entstandenen Schaden nicht ersatzpflichtig gemacht werden kann, trotzdem sie noch den Kontraktbruch veranlaßt hat.

Der Tarifvertrag ist also in seiner Wirkung ein durchaus einseitiger Vertrag, zu Gunsten des Arbeitnehmers. Die erhoffte Stabilität im Gewerbe wird durch den Abschluß von Tarifverträgen durchaus nicht immer erreicht. Der Zweck des Tarifvertrags ist nicht dauernder Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern die Sozialdemokratie erblickt in demselben einen Waffenstillstand, um während desselben gemächlich die Rassen zu füllen, neue Munition zu sammeln und eventuell schon vor Ablauf desselben zu neuen Schlägen anzuholen.

Die sozialistischen Gewerkschaften wünschen die Einführung des Vertrages nur dort, wo er seiner Natur und der Eigenart der Industrie gemäß ausgeschlossen ist, während sie mit den Handwerkerorganisationen, welche noch mit verhältnismäßig stabilen Verhältnissen zu rechnen haben, möglichst kurzfristige Verträge abschließen.

Schließlich hat die Erfahrung gezeigt, daß, je detaillierter ein Tarifvertrag ist, je größer auch die Differenzpunkte sind, welche zu steter Unruhe führen; daß also die Tarifverträge meist die Keime zu neuen Verwicklungen in sich tragen.

Der Tarifvertrag kann überhaupt erst dann für die Arbeitgeber als diskutabel angesehen werden, wenn die Arbeiterorganisationen mit ihrem Vermögen ersatzpflichtig gemacht werden können für die Schäden, die den Unternehmern aus der Nichterhaltung des Vertrages erwachsen. Von Organisationen sollte überhaupt kein Vertrag abgeschlossen werden, weil damit denselben ein Oberaufsichtsrecht über die Betriebe zugestanden wird, wodurch stets neue Differenzen entstehen.

Nach diesen Darlegungen ging der Herr dann noch auf die verschiedenen Aussperrungsmethoden, das ABC-System usw. ein und führte weiter aus, in welcher Weise bestreikte Arbeitgeber eventuell finanziell unterstützt werden könnten. Das heißt, wenn es in der Praxis so klappert wie in der Theorie.

In einem nächsten Artikel werden wir sehen, wie schnell unsere Unternehmer die erhaltenen Ratsschlüsse befolgten.

Eine gelbe „Lohnbewegung“ in Stuttgart.

Mancher der Leser wird erstaunt sein, etwas von einer Lohnbewegung in Stuttgart zu hören. Doch in Nr. 39 der „Allg. Bäder- und Konditorzeitung“ wird ein Bericht von einer am 15. September stattgefundenen Unterhandlung mit dem Gesamtvorstand der Innung und den Vertretern der Gehilfenvereine veröffentlicht. Ein Vertreter des Verbandes war in dieser Sitzung nicht anwesend. Wahrscheinlich haben Kälberer und Genossen die von dem Gehilfenvereine eingereichten Forderungen selbst nicht ernst genommen, sonst hätten die „unmöglichen“ Innungsführer sicher auch den Verband, hinter welchem die organisierte Arbeiterschaft steht, zu den Unterhandlungen geladen. Die Ursache in diesem Vorgehen der Gehilfenvereine liegt in dem prozigen Verhalten der schwäbischen Bäckermeisterdeputierten auf dem diesjährigen Verbandstag in Tuttlingen. Die beschiedene Bitte des meistertreuen Bundes um Verlängerung der Sonntagsruhe auf 16 Stunden wurde kaltblütig abgelehnt. Mancher von den Diskussionsrednern erlaubte sich dummprozigerweise noch die frechste Beschimpfung gegen die Gehilfenerschaft. Und gerade solche waren es, die noch vor wenigen Jahren selbst als die Leithammel der Stuttgarter Gesellen galten. Heute vertreten sie ihre Geldsackinteressen. Die Tuttlinger Tagung löste selbst im Lager der Meistertreuen einen Sturm der Empörung aus. Die bekannte Erklärung in Kälberers Zeitung, von „Mehreren Gehilfen“ unterzeichnet, die auch wir zum Abdruck brachten, zeigt, daß sich auch der meistertreue Wurm krümmt, wenn er getreten wird.

Die schwäbischen Bäckermeister konnten sich eine solche Behandlung den Gehilfen gegenüber erlauben. Sie wissen ganz gut, daß eine starke Gehilfenorganisation in Württemberg nicht vorhanden ist, vielmehr das Gros in lokalen Vergnügungsvereinen ihren Sammelpunkt erblickt. Unter solchen Umständen war es dem gut organisierten Unternehmertum ein leichtes, den Gehilfen statt Brot Steine zu geben. Das schlug dem Faß den Boden aus. Die sonst so meistertreuen Vereine stellten Forderungen an die Zwangsinnung. In der Eingabe wurde verlangt: den Gehilfen ist eine Wesppe zu geben; bei der von der Innung vorzunehmenden Revision der Bäckereien ist ein Gehilfe hinzuzuziehen, sowie Einführung von Sadgeld. Die Forderungen sind wohl das Mindeste, was niemals von einer Gehilfenorganisation verlangt wurde; sie stehen selbst ganz bedeutend hinter den vom gelben Bund verfolgten Zielen. Der Gesamtvorstand der Innung war jedoch anderer Meinung. Bemerkenswert ist hier, daß Kälberer die Sache für zu kleinlich hielt und den Unterhandlungen fernblieb. Das Gleiche brachte der überaus fromme Mangold fertig. Herr Berrer mit seinen „liberalen Anschauungen“ blieb es somit vorbehalten, die Unterhandlungen zu leiten. Wir hielten den Herrn so wenig als Kälberer für ein besonders großes Licht, aber daß er es versteht, noch reaktionärer als die schwäbische Leuchte zu sein, das erfahren wir erst in dieser Sitzung. Er ist der festen Ansicht, daß ein Wesppe zum größten Teil immer gewährt werde. Die einheitliche Regelung könne nur den Gehilfen selbst überlassen bleiben. Nicht gegen das Wesppe, sondern gegen die Gewährung eines Wesppegeldes müsse man sich erklären; denn eine derartige Extrabergütung werde von den Gehilfen ebensovienig gewürdigt, wie dies beim Krankengeld der Fall ist, welches fast ohne Ausnahme vom Meister ganz bezahlt wird. Das Richtige wäre es, gar kein Wesppe zu verabreichen und dementsprechend den Lohn festzustellen.

Wir halten es ebenfalls für richtig, den Gesellen solche Löhne zu bezahlen, daß sie nicht zu hungern brauchen. Die Gehilfen haben aber keine Ursache, das noch besonders zu würdigen; denn geschenkt erhalten sie die Löhne nirgend, sie müssen dafür ganz gehörig schufien, besonders in Stuttgart, wo manchem Meister die Arbeiterschubbestimmungen noch böhmische Dörfer sind. „Dieser Punkt wurde hierauf unter Hinweis auf die Ausführungen des Vorsitzenden verlassen.“ So berichtet das Meisterorgan, also es bleibt beim alten.

Die zweite Forderung: Hinzuziehung von Gehilfen zu den Bäckereirevisionen, wurde unter Vorbehalt der nächsten Gesamtvorstandssitzung „bewilligt“. Die Ausbezahlung von Sadgeld für die Gehilfen, welche Meh-

tragen, wurde ebenfalls abgelehnt. Wieder war es Berrer, der vor allen Dingen den Lohn als maßgebend bezeichnete. „Mehltragen gehören nun einmal zum Beruf.“ (? D. B.) Im übrigen sei es als trostlos zu bezeichnen, daß die Gehilfen sich derartigen Arbeiten nur ungern, ja sogar mit Widerwillen unterziehen.“ So wurden den Gehilfen die Leiden gelesen.

Wir sind anderer Meinung als die Hüter der Geldsack. Ja, es ist ein trostloser, sogar himmelschreiender Zustand, daß die Gehilfen mit diesen elenden Löhnen abgepeißt werden, wie es speziell in Stuttgart der Fall ist. Es ist ein trostloser Zustand, daß nach zwölfjährigem Bestehen die Bundesratsverordnung heute noch mit Füßen getreten und auf das bißchen Arbeiterlohn gepfeifen wird. Ist es nicht trostlos, wenn ein geldgieriges Unternehmertum dem Gehilfen nicht einmal genug zu essen gibt, wenn er in Arbeit stehend Hunger leiden muß? Aber der so redet, ist ein Heber und will nach Ansicht der Innungsbözen das Kleinhandwerk ruinieren. Traurige Kleinmeister, die nur auf Kosten hungernder Gehilfen ihre Existenz erhalten können! Der „Lohnkampf“ verlief bei den Stuttgarter Gehilfenvereinerlern wie das Hornberger Schießen. Die Unternehmerrzeitung schreibt selbst:

„Berrer beleuchtete die ganze Situation eingehend. Er wies darauf hin, daß die Preise der Waren heute noch so ziemlich die gleichen sind, wie vor Jahrzehnten, wo man noch nicht so unter der drückenden Last der Konkurrenz zu leiden hatte. Desgleichen sind sämtliche Rohmaterialien z. B. bedeutend gestiegen, wie überhaupt die ganze Lebensweise eine teurere geworden ist. Das alles muß der Bäckermeister tragen, ohne daß es ihm möglich wäre, wie dies bei anderen Gewerben der Fall ist, die Mehrkosten auf die Konsumenten abzuwälzen.“ (? D. B.)

Zunächst sollte dafür gesorgt werden, daß man für seine Waren anständige Preise erzielt, um sodann auch seinen Gehilfen bessere Löhne geben zu können, wodurch derartige Verhandlungen wie die heutigen von selbst in Wegfall kommen würden. Kollege Illg beantragte Schluß der Debatte. Die vorgemerkten Redner sollten jedoch noch gehört werden.

Neue Gesichtspunkte traten nicht mehr zu Tage. Alle waren sich über die Nichtigkeit der Ausführungen des Vorsitzenden einig. Auf Vorschlag des Vorsitzenden soll dieser Punkt genau wie Punkt 1 behandelt werden. (Es gibt also nichts. D. B.)

Wie im Jahre 1901, so konnte auch jetzt die Innung die Gehilfen mit ihren bescheidenen Wünschen prozig abweisen. Das Glück wird den Zünftlern solange hold sein, wie die Gehilfen nicht verstehen lernen wollen: ihre wirtschaftliche Lage kann nur einzig und allein durch den deutschen Bäder- und Konditorverband verbessert werden. Fürwahr, es wäre Zeit, daß in der drittgrößten Stadt Süddeutschlands — in Stuttgart — recht bald ein energischer Vorstoß gegen die der heutigen Zeit hohnsprechenden Zustände in den dortigen Bäckereien unternommen wird. Vielleicht ziehen sie aus diesem Vorgang die nützlichen Lehren und machen sich frei von der ihnen aufgezwungenen „Meistertreue“. Ach, wie schlecht wurde den Vereinen ihre Devise: „Gemeinsam mit dem Meister für das Handwerk, gelohnt; Fußtritt auf Fußtritt“ folgten ihren bescheidenen Wünschen.

Stuttgarter Kollegen! Zeigt jetzt, daß Ihr Männer seid! Daß Euch die Meister nichts geben, konntet Ihr jetzt wieder sehen. Schließt Euch Euren Kameraden im deutschen Bäder- und Konditorverband an, kämpft mit ihnen, wie es sich ehrliehen, braven Kollegen geziemt! Nur dann werden wir Sieger sein!

Berichte aus den Mitgliedschaften.

Nürnberg. Am 16. September fand eine öffentliche Bäckergehilfenversammlung statt, die sich mit folgendem Thema befaßte: „Kann noch jeder Bäckergehilfe Meister werden oder müssen dieselben in den späteren Jahren in der Fabrik ihre Zuflucht nehmen?“ Kollege Hegschold kam eingangs seines Referats auf die Bäckereimeister früherer Zeit zu sprechen, schilderte dann den Innungsverbandstag zu Hannover, die Mißstände, die man dort zu sehen bekommen hatte, und die Erklärung des Führers

der Gelben. Redner führte dann den Anwesenden klar vor Augen, wie jedem schon beim Eintritt in das edle Handwerk und während der Gehilfenzeit von fetten der reaktionären Bäckermeister allerlei schöne Illusionen vorgeschwindelt werden, um sie ja recht lange Zeit in dem gut-dummen Glauben zu erhalten. Weiter ging er auf verschiedene Großbetriebe ein, wo nur durch die Organisation etwas menschenwürdige Verhältnisse geschaffen wurden und wo auch da noch vor Jahren die traurigsten Zustände herrschten. Am Schlusse forderte Redner die Kollegen auf, sich samt und sonders der Organisation anzuschließen, damit bald andere Verhältnisse geschaffen werden können und um nicht später in die verschiedenen Fabriken übersiedeln zu müssen; auch empfahl er, die zuletzt erschienene Broschüre ganz besonders zu lesen und dann weiter zu geben. In der Diskussion ergänzten Hechtel und Kohnhäuser die Ausführungen des Referenten, kamen aber hauptsächlich auf die Verhältnisse am Orte zu sprechen. Kollege Hechtel führte an, daß in letzter Zeit in verschiedenen Betrieben feste Löhne festgesetzt und bei der Firma Seidl ein Tarif abgeschlossen wurde. Es können aber Verbesserungen solcher Art nur dann desto rascher eintreten, wenn alle Kollegen sich dem Verbands anschließen, gehörig agitieren und nicht immer in ihrer Vereinsbusselei weiter arbeiten. Am Ende brachte er noch eine Zeitungsnote zum Verlesen, in der ein früherer Kollege, der das Opfer unserer Herren Ausbeuter geworden ist, herzlich um Gaben bittet, was allerdings den Kollegen vieles zu denken geben mußte. Nachdem noch einige Mitglieder gewonnen wurden, fand die Versammlung ihr Ende.

Moskau. Am 30. September fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Hegschold-Berlin hatte das Referat übernommen und behandelte die bekannte Ausrede der Kollegen: „Ich werde doch bald selbständig.“ Er führte den Anwesenden alle Punkte dazu gründlich vor Augen. Unter den Gelben, die in der Versammlung erschienen waren, befanden sich zwei, die ihren Standpunkt fortwährend durch Zwischenrufe klar machen wollten, so daß Hegschold diesen Gelbschnäbeln scharf entgegen treten mußte. Einer dieser Bözlinge, ein gewisser Seidel, welcher sich in der Diskussion zum Worte meldete, war denn aber nicht im stande bei der Wahrheit zu bleiben und bemühte sich bald wieder auf seinen Platz. Als zweiter meldete sich der Bundesgenosse Reiser, der gleich eingangs erklärte, nicht gegen Kollegen Hegschold ankommen zu können. Er wollte nur einige Punkte aus dessen Referat klar legen, konnte jedoch mit seinen alten bekannten Ausführungen auch nicht weiter kommen und forderte deshalb die Anwesenden auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Aber er hatte in seinem bornierten Eifer die Moskauer Kollegen zu tief eingeschätzt; wider sein Erwarten folgten ihm nur sechs Mann, und die tapferen Sieben zogen unter dem Gesange: „Wir halten fest und treu zusammen“ zum Saale hinaus, oder vielmehr, sie wollten es — doch die Löwe blieben ihnen unter dem Gelächter der anderen im Halbe stehen. Hegschold geißelte zum Schluß die Dummheit dieser Kollegen. Wir hoffen aber, daß auch sie noch den richtigen Weg finden werden, wie ja die Moskauer Kollegen immer mehr und mehr den Nutzen der Organisation erkennen. Vorwärts — hinein in den Verband bis zum letzten Mann, damit auch hier in absehbarer Zeit bessere Verhältnisse ihren Einzug halten können!

Sonneberg. Die am Sonntag im „Rug zum grünen Kranz“ von den organisierten Kollegen einberufene Versammlung zwecks Gründung einer Zahlstelle, hatte sich eines regen Besuches zu erfreuen. Anwesend waren die Kollegen aus Coburg, Mühlbach, Oberlind, Sonneberg, Neuhaus b. Sbg., Hüttensteinaich und Lauscha. Die Versammlung wurde eingeleitet durch ein Referat des Genossen und Landtagsabgeordneten Wehder. In trefflicher leicht faßlicher Weise schilderte er Zweck und Nutzen der Organisation. Die Worte fanden Beifall und mehrere Kollegen ließen sich aufnehmen. Alsdann wurde die Gründung der Zahlstelle, Sig Sonneberg, einstimmig beschlossen. In den Vorstand wurden gewählt: Braunschild als erster Vorsitzender, Liebermann als Kassierer und Neuwirth als Schriftwart. Beschlossen wurde noch, dem Verband unbezüglich hierbon Mitteilung zu machen und nach erfolgter Bestätigung sich dem Kartell anzuschließen. Mit dem Wunsche, daß diese neue Zahlstelle wachsen und gedeihen möge, wurde die Versammlung geschlossen.

Weiden (Oberpfalz). Hier fand am 29. September eine Versammlung statt, in der Kollege Hechtel über: „Die Bäckereimeisterparade in Hannover“ referierte. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und in der Diskussion von den Kollegen ergänzt. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Beschwerden und Mißstände“, wurde ganz besonders das Ver-

D r p e m, den 9. September 1908.

Leitender Redaktor!

Da dicke Bounhndiet is vöörbi, Gott sei dank! Un nu frädig man bi da Buern buten wiär Bijebouhnen und dorbi auf wiär Courage dom Schriewen. Wroat ick mich dän August über ärgert häwe, glöbt kin Menste. Von Tage is äine lustige Lied, sou lustig as da dicke Bounhnen dött Joahr müßt sin. Wenn ick bi sou äin Buern utholpen häwe, oder mich süßt dürschloagen häwe bi sou äin Buernbäck, un Mittags soam op dän Tisch dicke Bounhnen, anfangs un Enne der Wäite, dann häde ick am leiwsten dän Pott op da Stroate schmiten. Ower man mout sit schoan wat gefallen loaten as oller Käl. It häwe schoan segg, dat äine lustige Lied wiär he in da Kohlenliste, lustig, well man schlecht Arbeit kriegen tout as oller Käl, es loupet junge Kollegen op da Stroate rüme.

Dat kanna man fröder nich; ower da Tieden ännern sit, nur da Bäckersgellen nich, da bliewen sou dösig as fröder. Doa häbb se in jedem Raff sou äin Berin, un doa loupet sä in wite Hemden, de Musikanten vöörut, dän da Stroaten un wisset dat stoumenden Mitwelt ihr Dummhäd. Sou was ick in Bautum bi dän Stiftungsfest vom Bäckerklimbiverein „Germania“. Wenn it mir sou äine Rinneri begiken tou, sou glöwe it bin, dat da Westfälinger kindsch wärn mit dös Lied. Häbb se doa in Bautum in Festzug äin Wogen, wöffen Blagen voan 5 bis 6 Joahr drin, un stan dran am Wagen: „Die zukünftigen Meister und Meisterinnen“. As it dat soag, da schante it mi, dat it Bäder woar, un da olle Straotmann, da äm Fintzer sat, gic mit aan un sat: „Willn, sun Wöddinn müß hä nich maken. It sat: Straotmann, wimm it dat regeln meit, it null ent schun wat anners vöörmaken. As nu da Festzug bin ollen Markt vöörbi soam, da was mi grad, as wenn da Rouhrit op dän Denkmal sin Hörn weg lag un seggen wull, dän kindschen Kram häbb se in min Lied, as it nat Rouhrit vaan Bautum was, nich moal maket, un da Hund song bin, dat Hüllen an, it glöwe, hä feihl sit in sine Hundedemut blamiert. Zu ollen Glücke häbb se nu noch äin Berin

„Confordia“ gründet in Bautum; dat gibt Konturen, un bi dän nächsten Festzug künnt da Sate sou, dat da Wehner out an da schräbben fangt, villicht wird bi dieten die ganze Festzieherie voan da Polizei abgefast, zum Glück für da Äikens, da Wehner un da Chre users ehrbaren Handwerks.

Da nise Berin „Confordia“ da brengt die Sate glit ins richtige Foahrwater, hä hat nämlik in sin Statut äinen Passus, dat kin gelber un roter Bäder in Berin sin dröff. Also schwarz is Trumpf. Villicht findt sit noch äin geistlik Här, da sine Geistesbrühe über da schwarten Häupter utspritzt; Donner un Düwel, ick kenne mine Westfälinger nich mehr, luter sou Apenköppe. As nüllich äine Versammlung voan us west is in Bautum, soamet doa sou giegen 9 Uhr da Schwarten angerückt; äin Kollege ut Bayern was da Speegmann. Da Bayern sin süß ganz trübe Käl, über doa häwe it mich wunnern meiten. Fang do Junge doa oan, hä wär out schoan bi us im Verbands weßt, über well hä doa sin Glauben binhü verloren häbe, drim wär hä bi dän Schwarten intreten.

It bin süßt äine etwas wäite Natur, as it dat hor, gang it buten. Dorbi soag dän Junge, dat ihm dat in Worms passiert wär. Ufer vöörstand wird also davöör sorgen meiten, dat da Kollegen in dem Worms nich sou gottlos mehr sin. Joa, da Glaube, da bringt Wunner zu stane: häd nich da Christian Schmitz in Wiesen glit 400 nise Mitglieder oimpnennen? Dat häwe it schon immer sagt, da Christian, dat is äin Genie, dat kann ufer Wöörstand nich, da bringts höchstens zu äinen halben Humert, un doa is mit siner Kunst zu Enne. It woll aber nich sou wit utschwifen. Süßt is in Bautum bi us im Verbands die Sate schon better wörn; as Bewis hiovdür woll it nur seggen, dat se usern Bezirksleiter ut so ne Bäckerie, wo hä agiterte, rut schmiten häbb, bi Baupel nämlik, da schimpepe as äin Siesemanten.

Doa wird villicht min Fründ August seggen, datt dat kin Bewis wär, datt dat better wörn wör; ick segge ehm öber, wenn da Meesters erst Moral schimpet, danne wörn's better. Da häwe ick nüllich op äinen stillen Ort äin Stück Liedung funnen, un doa soch ick, dat da Bäckereimeesters moal

anfangt, energisch vöör da goahn. Doa was in Gütersloh äin Verbandsdag van da Meesters, un doa häd da Siecaup van Dörpem über moal sinen Mann stellet, sou is dat out richtig. In ganz Dittschland hädd die Meesters ihren rektor spiritus. In München hädd se dän Schäfer, in Stuttgart dän Kälberer, in Berlin dän Bernhard, in Hamburg dän Wintmann, in Reichstag hädd se dän grouten Nieseberg un wi in Dörpem hädd out goar nich sou geitig Oberhaupt. As kann us also nur mit Stolge erfüllen, dat da Siecaup van Dörpem die Sate in sine starke Wurft opnehmen well. Äin ächten dittschen Mann schwaert bis op da Unnerbüze, sou äin kömt wi se in Dörpem nur bruten. Äin krigt wi äine gang grouten Krach, wert schliich die Schlaapmühen van Bäckers-gesellen out moal wackelich. Guot es da Sate mit dem Siecaup out, well hä äin Parteifreund van dän Christian ut Düsseldorf is. Hi zwäi sou groute Geister is ufer guete Sate out guet opbewahrt. Doa brukt wi kin grouten Streif un sou wat ähnliches. Doa schart wi us ächter dat schwarte Banner un trekt sou ähnlich as am 30. August dän da Brückstroate, den Osten-Westenbellweg, doa brengt wi bi Siecaup äin „Hoch“ ut un use trurigen Verhältnisse hädd sit mit äinem Schloage gebessert, un dat Verdienst gebührt uferm nilen Oberhaupt Siecaup, da sit sou lange Joahre fädr ufer Handwerk opgeopfert hoat, denn nu föllt mi erst da Sate richtig in; da Siecaup häd schoan vöör Joahren Zeichen siner Genialität van sit gäben. Da was moal äine Versammlung im „Germaniahotel“, ick glöwe, es was bi da Gefellenausshuwahl, ick was noch nich lange in Dörpem sinferdier, doa häd sou Meister äin grouten Speech mak. It frög doamals min Fründ Emil Kardinal, da in Amerika versopen sin soll, wat sich über glücklicherweise nich bestättigt: Is dat äin Hesse, dat da sou vill schimpen kann. Nä, soag Emil, dat is da Siecaup us Dörpem, ufer künftige geistl Oberhaupt, was jetzt out intropen is, nach dän nüstern Verbandsdag da Meesters, womit ick verbliewe unter vülen Grüßen

Din getrüben Westfälinger Wi I I m,
Dörpem, Olle Bäckerpemne, Zimmer Nr. 9.

halten des Bäckermeisters Anzer einer scharfen Kritik unterzogen, weil er seinen Gehilfen den ganzen Sommer über auf das grösstmögliche ausnützte, und jetzt vor den Wintermonaten, durch Ersatz einer billigeren Arbeitskraft (Meisterbitten), den Stuhl vor die Türe setzte, trotzdem er dem Kollegen versprochen hatte, das er bleiben könne. Zur Sprache kam auch, daß in der betreffenden Bäckerei Wasser zum Waschen verwendet wurde, welches erst gefiebt, werden mußte und keinen angenehmen Geruch verbreitete. Was die Mißstände im allgemeinen anbetrifft, so gibt es deren hier noch eine Menge, und werden wir in nächster Zeit uns eingehend in einem Artikel damit beschäftigen. Die Bundesratsverordnung scheint den Herren Bäckermeistern ein böhmisches Dorf zu sein; denn die Bekehrungen müssen 14 bis 15 Stunden arbeiten. Erst kürzlich erklarte der Bezirksleiter bei der Gewerbeinspektion Regensburg Anzeige gegen die Bäckermeister Sandgraf und Ritter; bei ersterem wurde Remedur geschaffen, letzterer betreibt die Ausbeutung nach wie vor. Auch das Verhalten einiger Kollegen der Organisation gegenüber wurde bemängelt, und soll versucht werden, dieselben der Organisation zuzuführen. Nachdem noch Kollegen ihren Beitritt erklärt hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Anmerkung des Schriftführers: Kollegen! Ihr seht, daß es nur möglich ist, durch eine frasse Organisation derartige Mißstände auszurotten; deshalb nicht ruhen und rasten, bis der letzte Mann in unseren Reihen steht.

Polizei und Gerichte.

Nachwehen vom Breslauer Boykott 1906. Der Boykott von 1906 beschäftigte gestern noch einmal die Breslauer Strafkammer. 9. November 1906 hatte sich Kollege Macho, der damalige Leiter der Breslauer Bäckereibewegung, zum ersten Mal wegen des Boykotts zu verantworten. Versuchte Erpressung, Vergehen wider § 153 der Gewerbeordnung und Beleidigung von Bäckermeistern war ihm zur Last gelegt. Die „Straftaten“ sollten, so meint wenigstens der Staatsanwalt, durch die damals verbreiteten Flugblätter und durch Inserate in der „Volksmacht“ erfolgt sein. Das Gericht vermochte in der Anklage, daß die Breslauer Arbeitererschaft angehalten werden würde, nur bei den Bäckermeistern zu kaufen, die den Tarif bewilligt hätten, keine Drohung und demnach auch keine Erpressung gegenüber den anderen Bäckereihabern zu erblicken. Auch wurde der Boykott als ein erlaubtes Kampfmittel angesehen, weshalb Macho auch wegen des angeblichen Vergehens wider § 153 freigesprochen wurde. Dagegen erfolgte seine Beurteilung wegen angeblicher „Beleidigung“ zu zwei Monaten Gefängnis, weil verschiedene arge Schweinereien, die in einzelnen Bäckereibetrieben vorgekommen waren, zum Beispiel die Maus im Mahnkuchen, verallgemeinert worden sein sollten.

Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein, der vom Reichsgericht auch stattgegeben wurde. Das Reichsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß das strittige Wörtchen „andere“ im § 153 der Gewerbeordnung sich auch auf Angehörige der anderen wirtschaftlichen Interessengruppe beziehen könne! Zwar sei eine Uebertretung des § 153 dann nicht gegeben, wenn nur die Erfüllung bestimmter Forderungen angestrebt werde; doch sei zu prüfen, ob etwa über diese Forderungen hinaus der andere Teil bestimmt werden solle, an Verabredungen zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten.

Früher hatte sich das Reichsgericht bekanntlich überhaupt auf den Standpunkt gestellt, daß das Wörtchen „andere“ sich auch auf Angehörige der anderen Interessengruppe beziehe. Die Verkehrtheit dieses Standpunktes wurde in der deutschen Jurisprudenz erst offenbar, als in Breslau die Glasenapp und Genossen auf Anzeige seitens der Partei ins Loch geschoben werden sollten. Das sehr gemundene Urteil in Sachen Macho stellte also bereits eine Einschränkung des früheren reichsgerichtlichen Standpunktes dar. Aber nun mußte die Strafkammer prüfen, ob nicht der Bäderverband „über die augenblicklichen Forderungen hinaus“ eine „Teilnahme der Meister“ an den Bestrebungen nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewollt habe. Bei dieser Prüfung wurde die Forderung der Anerkennung des Arbeitsnachweises der Gehilfen als eine solche erkannt, die dazu angetan gewesen wäre, die künftige Macht der Gehilfenorganisation zu steigern. Es wurde deshalb nach § 153 auf eine Zusatzstrafe von drei Wochen Gefängnis erkannt.

Gegen dieses Urteil legte Macho Revision ein, und dieser ist vom Reichsgericht nun ebenfalls stattgegeben worden. Es wurde dahin entschieden, daß ein Vergehen gegen § 153 nicht vorliege, aber zu prüfen sei, ob nicht auch in diesem Falle eine Beleidigung vorliege. Zu einer solchen lag aber bezüglich des Inhalts der in Frage kommenden Boykottliste kein Strafantrag vor, weshalb in der gestrigen Verhandlung auf Antrag des Staatsanwalts Freisprechung erfolgen mußte. Die zuerst über Macho verhängten zwei Monate Gefängnis bleiben dagegen bestehen.

Die Gelben und der Streikbruch. Im vorigen Jahre gelang es den freiorganisierten Bäckergehilfen in Hanau, etwas Ordnung in die Betriebe zu bringen durch Abschluß eines Tarifvertrages. Anerkannt wurde damals der Tarif von 42 Bäckermeistern mit 54 Gehilfen. Mit Unterstützung von Mitgliedern des gelben „Bundes“ gelang es leider einem Teil der Bäckermeister, den von ihnen ehrenrührlich unterschriebenen Tarif zu durchbrechen. Aus diesem Grunde wandten sich das Gewerkschaftsamt und die Verwaltung der organisierten Bäder mittels eines Flugblattes an die organisierte Arbeitererschaft Hanau. In diesem Flugblatt wurden alle jene Bäckermeister namhaft gemacht, welche ihr Ehrenwort nicht gebrochen und die tariflichen Abmachungen noch unberührt anerkannten. Ferner wurde über die Meister Baader in der Dechaneistrasse und Weilstein in der Baaderstrasse gefagt, bei ihnen seien Mitglieder des gelben Streikbrecherbundes beschäftigt. Zwei Mitglieder des Bundes, die Gesellen Heinrich Keller und Hermann Jünger, beschäftigt bei Baader und Weilstein, und der Obermeister Peter Jünger fühlten sich in dem Flugblatt durch die Worte „Streikbrecher-Bund“ beleidigt, sie stellten gegen Genossen Salomon als Verleger des Flugblattes Strafantrag, dem auch, wie das in Preußen üblich ist, im öffentlichen Interesse stattgegeben wurde. In der Verhandlung betonte Salomon, der Tarifbruch einzelner Meister habe nötig gemacht, den Konjunktanten Kenntnis über die Dinge zu geben. Der von den Meistern ins Leben gerufene gelbe Bund organisierte

systematisch den Streikbruch, um jedes Vorwärtstreben der organisierten Bäckergehilfen unmöglich zu machen. Einzelne Personen in dem Flugblatt zu beleidigen, sei ihm, dem Angeklagten, nicht eingefallen. Der Zeuge H. Keller fühlte sich als Mitglied des gelben Bundes durch die Worte „Streikbrecher-Bund“ beleidigt. Auch erklärte Keller unter Eid, noch keinen Streik gebrochen zu haben. Er habe selbst die Lohnbewegung im vorigen Jahre mitgemacht, weil er aber keine Pfastersteine habe essen können, sei er nach fünf Tagen zur Arbeit zurückgekehrt. Salomon hält dem Zeugen vor, dieser habe anlässlich der Stellungnahme zur Lohnbewegung in einer Versammlung in der Stadt Frankfurt öffentlich erklärt, er (Keller) und die Mitglieder des Vereins „Frühau“ würden mit in die Lohnbewegung eintreten. Das will der Zeuge heute aber nicht mehr Wort haben. Auf die Aussagen des Obermeisters und des anderen Bundesgenossen wird von beiden Seiten verzichtet. Der Amtsanwalt beantragt M 30 Geldstrafe. Der Verteidiger, Dr. Werzbach-Frankfurt a. M., bittet, den Angeklagten freizusprechen. Es habe doch ein öffentliches Interesse vorgelegen, angesichts der Durchbrechung des ehrenrührlich unterschriebenen Tarifes seitens einzelner Bäckermeister die Konjunktanten darüber aufzuklären. Ferner seien doch in den Worten „gelber Streikbrecher-Bund“ nicht einzelne Personen, sondern das verwerfliche System dieser Vereinigung gekennzeichnet worden. Durch eine Resolution habe der Bund sich verpflichtet, die Lohnbewegungen der freiorganisierten Gehilfen zu hintertreiben. Das Gericht schließt sich dem Antrag des Amtsanwalts an und erkennt auf M 30 Geldstrafe. Streikbrecher-Bund sei eine Beleidigung und durch diese Worte seien die Zeugen als Vertrauensmänner des Bundes indirekt beleidigt worden.

Die „Ehre der Gelben“ und ihrer Protektoren ist also repariert. Aber bei Lichte besehen, stehen sie jetzt übler da wie zuvor. Der gelbe Kronzeuge hat vor Gericht bestritten, je zuvor Streikbruch verübt zu haben, aber er räumt selbst ein, sich erst am Streik beteiligt zu haben und nach fünf Tagen zur Arbeit zurückgekehrt zu sein. Das ist Streikbruch. Anzeichen empfindet der Mann solch eine Handlung selbst nicht als rühmlich, denn er macht einen Versuch zur Entschuldigung: er habe doch nicht Pfastersteine essen können. Mit diesen Worten spricht er seinem Verein das Verdammungsurteil. Denn eben das soll ja der Zweck der Arbeitervereinigung sein, daß sie die kämpfenden Mitglieder vor dem Hunger schützt! Schließlich: wie kommt's, daß die Gelben sich beleidigt fühlen durch den Vorwurf des Streikbrechertums? Sie leisten — diese Tatsache wird nicht bestritten — Ausreißerdienste, das soll ja geradezu der Zweck der gelben Organisation sein. Da müssen aber doch die Gelben von der Güte und Vortrefflichkeit ihrer Handlungsweise überzeugt sein, und wer ihnen daraus einen Vorwurf macht, über den müßten sie mit demselben Stolz, der die niederländischen Eblen den Ekelnamen Geusen als Ehrennamen annehmen ließ, treten und sagen: „Jawohl, Streikbruch ist unsere Ehre, so nützen wir dem Gemeinwohl.“ Das tun sie jedoch nicht, sie fühlen sich vielmehr durch den Vorwurf beleidigt, strengen Klage an und erzielen sogar Beurteilung. Was ist damit bewiesen? Daß tatsächlich die breitesten Volksschichten den Streikbruch als unehrenhafte Handlung auffassen und daß die Gelben selbst sich dem Volksempfinden nicht entziehen können! Sie stigmatisieren sich selber und werden dieses Stigma nie los!

Troz gegen die Bäckereiverordnung. In welcher Weise Gerichte Bundesratsverordnungen auslegen, zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Rüttingen-Wilhelmshaven. Weil ein Bäckermeister seine Gesellen statt 12 Stunden, wie es die Bundesratsverordnung vom 6. März 1896 vorschreibt, 16 Stunden und noch länger beschäftigte, wurde er in eine Geldstrafe von M 30 genommen. Auf seinen Widerspruch, in dem er behauptete, seine Bäckerei sei eine Fabrik, wurde er auch auf Antrag des Amtsanwalts freigesprochen. Dieses Urteil widerspricht der angeführten Bundesratsverordnung, die keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Bäckereien macht. Durch derartige Urteile wird die Bundesratsverordnung geradezu illusorisch gemacht, und jedenfalls müßte auch im vorliegenden Falle eine höhere Instanz zu einer anderen Entscheidung kommen.

Hineingefallen bei der Ruhetagschändung. Ein interessantes Urteil fällt das Landgericht in Bamberg. Ein dortiger Bäckermeister hatte zwar vorchriftsmäßig in der Nacht vom ersten auf den zweiten Osterfeiertag seine Gehilfen nicht beschäftigt, dafür aber einen Tagelöhner eingestellt, der als gelernter Bäcker an den Sonntagen ausbühlsweise in seinem früheren Verufe arbeitete. Angeklagt wegen Uebertretung der Bäckereiarbeiter-Schutzvorschriften wurde der Meister vom Schöffengericht mit der Begründung freigesprochen, daß es sich hier nicht um ein festes Arbeitsverhältnis, sondern um eine Aushilfe handelte. Das Landgericht — als Berufungsinstanz — beurteilte aber den Meister und führte in der Urteilsbegründung aus: Es sei ganz gleichgültig, ob der Betreffende sonst als Tagelöhner arbeite, an dem Osterfeiertag habe er als Bäcker in der Bäckerei gearbeitet, und nach dem Gesetz dürfen an jenem Tage in Bäckereien Gehilfen und Lehrlinge nicht beschäftigt werden. Der Meister sei deshalb strafbar.

Allgemeine Rundschau.

Franz Tugauer †. In Berlin ist am 3. Oktober der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Franz Tugauer im Alter von 57 Jahren gestorben. Er hat schon seit Anfang der siebziger Jahre für die Partei gewirkt und besonders in Berlin und im Osten Preußens für den Sozialismus seine ganze Kraft eingesetzt. Der Gothaer Einigungskongreß sah ihn bereits als Delegierten der Stadt Düsseldorf. 1880 gründete er in Berlin den Fachverein der Tischler, war dann einige Jahre in der Redaktion des damaligen „Berliner Volksblattes“ tätig und kandidierte später dort auch für den Reichstag. Ebenso war er einer der ersten Arbeitervertreter im Berliner Stadtparlament. Gewählt wurde er in den Reichstag von 1890 bis 1906 durch die Genossen in Breslau-Ost. Als Bürgerdeputierter und Mitglied der Gewerbe-Deputation in Berlin hatte er in den letzten Jahren gleichfalls reiche Gelegenheit, die kommunalen Interessen des Proletariats zu vertreten. Ganz besonders war ihm aber seit 1901 ein wirkungsvolles Feld in der Berliner Genossenschaftsbewegung geboten; sie fand in ihm den eifrigsten und gewissenhaftesten Förderer und ihm ist es zu einem wesent-

lichen Teil zu danken, daß endlich auch dort dem Genossenschaftsgedanken mehr Verständnis entgegengebracht wird als es früher der Fall war. Berlin und Breslau werden vor allem das Andenken dieses selbstlosen Vorkämpfers in Ehren halten.

Das Bäckereibrot. In Breslauer Zeitungen stand kürzlich folgende Notiz zu lesen: „Ein Kind verbrannt. Die Frau eines auswärtig beschäftigten Bäckergesellen, die durch Schneidarbeit sich und ihre zwei Mädchen im Alter von 3 und 1½ Jahren ernähren hilft, war am 21. September, vormittags gegen 11 Uhr, mit fertigen Arbeiten fortgegangen und hatte ihre beiden Töchter in der Wohnung eingeschlossen. Das dreijährige Mädchen hatte nun den Spiritusapparat zum Spielen hervorgeholt und mit Streichhölzchen in Brand gesteckt. Dabei hatten die Flammen seine Kleider erfasst, und im Nu brannte das entsetzlich schreiende Kind wie eine Fackel. Der herbeigeholte Brandmeister der 30 gegenüber liegenden Feuerwache, erbrach die Stubentür und löschte das brennende Kind ab, indem er es in feuchte Decken wickelte. Das fast am ganzen Körper verbrannte Mädchen wurde ins Allerheiligen-Hospital geschafft und ist dort zwei Stunden nach der Entlieferung gestorben.“

Das traurige Vorkommnis beleuchtet wieder grell die Folgen der miserablen Arbeitsverhältnisse, unter denen gerade die Breslauer Kollegen noch zu leiden haben. In vielen Fällen erhalten verheiratete Bäckergesellen M. 10 bis M. 13 Wochenlohn und halbe Kost, und sollen von einem solchen erbärmlichen Verdienste eine Familie ernähren! Da dies ein Ding der Unmöglichkeit ist, so wird die Frau gezwungen, womöglich jeden Tag bis spät in die Nacht an der Maschine zu sitzen oder in die Fabrik zu gehen, und die Kinder müssen oft stundenlang jede Aufsicht entbehren. Die Verhältnisse sind hier so traurig, daß die ausgebeuteten Kollegen oft noch alle Energie verlieren, um den einzigen Weg, der aus diesem Elend herausführen kann, den zur Organisation, zu beschreiten. Auch in diesem Falle war es so! Der Kollege hatte es noch nie für nötig gehalten, sich dem Verbands anzuschließen. Wird endlich die Zeit kommen, wo auch in Breslau die Gesamtheit der Kollegenschaft sieht, daß keine andere Wahl bleibt, als aus eigener Kraft menschenwürdige Zustände zu schaffen? Sinein jetzt in den Verband, damit ihr Euch menschlich bewegen und damit die älteren Kollegen an ein Familienleben ohne die bittere Sorge denken können!

Ausbau der Unternehmerorganisation und ihre Kampfweise. Einen guten Einblick in das Fortschreiten des Zusammenschlusses der Unternehmerorganisationen bieten die Verhandlungen, die sie vor einigen Monaten in Berlin führten. Dortselbst tagte Ende März eine ordentliche Ausschusssitzung des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände. In derselben wurde berichtet:

„Infolge reger Werbetätigkeit ist es gelungen, die Mitgliederzahl des Vereins im Berichtsjahre um 20 Verbände mit rund 180 000 Arbeitern zu vermehren, so daß der im Juli 1904 von 5 Verbänden mit etwa 656 000 Arbeitern gegründeten Zentralorganisation am Ende des Jahres 1907 41 Verbände mit zirka 250 Unterverbänden und zirka 1 400 000 Arbeitern angehörten. Für das Jahr 1908 sind die Aussichten für die weitere Ausdehnung des Vereins ebenfalls günstig. Bis zum Sitzungstage haben sich bereits 4 Verbände mit etwa 6000 Arbeitern angeschlossen. Der Beitritt weiterer, zum Teil bedeutender Verbände steht in naher Aussicht.“

Interessant ist, wie der Ausschuss dann zu den Arbeitsnachweisen resp. zu dem Inserieren nach Arbeitern Stellung nahm. Es heißt diesbezüglich:

„Der Ausschuss nimmt von der von der vorjährigen Arbeitsnachweis-Konferenz in Kassel aufgestellten und vom Vorstand gutgeheißenen Resolution, betr. Inserieren nach Arbeitern Kenntnis. Derselbe lautet wie folgt:

1. Das Inserieren nach Arbeitern in sozialdemokratischen und Gewerkschaftsblättern soll völlig unterbleiben.
2. Das Inserieren nach Arbeitern in der Presse bestraffter Orte und Bezirke nach denjenigen Arbeiterkategorien, welche sich im Streik befinden, ist nicht zu gestatten.
3. Die Inserate, die in der bürgerlichen Presse derjenigen Bezirke, welche für das Annoncieren nach Arbeitern freigegeben sind, aufgegeben werden, sind durch die Geschäftsstelle der Verbände darauf zu prüfen, daß durch dieselben kein Zwiespalt unter den Verbänden hervorgerufen wird, andernfalls ist eine entsprechende Ueänderung der Annonce zu veranlassen. Insbesondere ist das Inserieren nach Arbeitern unter Verprechung hoher Löhne als unzulässig zu erachten, da ein solches Verfahren nur zu Lohntreibereien und Differenzen führen kann.
4. Das Ausfinden von Werbeagenten seitens der Firmen oder Arbeitsnachweise, um Arbeiter aus anderen Betrieben befremdeter und kartellierter Verbände herauszugiehen, ist für unmoralisch und verwerflich anzusehen und deshalb strengstens zu vermeiden.

Die in den Punkten 1, 2 und 4 der Resolution aufgestellten Leitsätze finden die Zustimmung der Versammlung. Zu Punkt 3 wird von Herrn Werftbesitzer Blohm nachstehender Zusatz vorgeschlagen und angenommen:

„In denjenigen Bezirken, in denen Arbeitsnachweise von Verbänden des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände bestehen, soll nicht inseriert werden, sondern es sollen die betreffenden Arbeitsnachweise zur Heranziehung von Arbeitskräften in Anspruch genommen werden.“

Da aber gerade bezüglich der praktischen Durchführung der Leitsätze unter Punkt 3 Bedenken geltend gemacht werden, so soll der Vorstand um nochmalige Durchberatung der Vorlage gebeten werden, um sie dann später dem Ausschuss wieder zu unterbreiten.“

Ganz besonders wichtig ist aber die Stellungnahme dieses Generalrats der Scharfmachertruppe zu der vom Reichstag im Januar angenommenen Resolution, betreffend Tarifverträge, die den Herren ganz und gar wider den Strich geht; sie setzen nun alle Hebel in Bewegung, um die Reichsregierung zu veranlassen, dieser Resolution in keiner Weise Folge zu geben. Hierzu heißt es:

„Herr v. Reizwitz-Hamburg weist in einem längeren Referat auf die Gefahren hin, die der deutschen Industrie aus der vom Reichstage in der Sitzung vom 30. Januar 1908 angenommenen Resolution drohen, welche folgendermaßen lautet:

„Den Herrn Reichszähler zu ersuchen, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben,

daten Vorteil in den Vordergrund zu schieben und den Gesamt-Überblick zu verlieren. Zum Glück für den Kapitalismus hat die moderne Arbeiterbewegung die Massen-Kaufkraft fortwährend gesteigert; würde das Proletariat das Kuli-Rezept anwenden, so würde sich der Kapitalismus selbst den Hals umdrehen und sich sein eigenes Grab graben.

Technische Rundschau.

Mehleinkäufe in Konsumvereinen! Der Artikel in Nr. 39 unserer Zeitung unter „Genossenschaftliches“ zeigt wieder einmal, wie wenig sachmännlich die Geschäftsführer oft bei Mehleinkäufen vorgehen. Ist dann aber der Fehler gemacht, dann wird, um sich in den Generalversammlungen rein zu waschen, dem allgemeinen Bäckerbetriebe die Schuld in die Schuhe geschoben. (Es sollte aber, wie folgender Artikel zeigt, nicht immer nach Preis gekauft werden, sondern mehr nach Qualität.) Anderer Anschauung sind aber die in den Bäckereien beschäftigten Arbeiter und speziell deren Vorkämpfer und Oberbäcker. Da gerade in den Konsumvereinsbäckereien ältere, erfahrene Männer als Betriebsleiter beschäftigt sind, würden sich die Verwaltungen nichts vergeben, wenn sie bei Mehleinkäufen dieselben hinzuziehen würden, um deren Urteil über Preiswürdigkeit und Qualität zu hören.

Wie oft kommt es vor, daß Reisende durch ihre Ueberredungskunst die Geschäftsführer so beeinflussen, daß billiges Mehl das billigste Mehl sei. Man solle nur demselben beim Backen die richtige Aufmerksamkeit schenken und es wird die schönste Ware geben usw. Die Folgen bleiben jedoch nicht aus; man sieht erst später ein, daß das billige Mehl doch teurer kommt als ein gesundes, gutes Mehl, für welches man einen höheren Preis anlegt.

Zunächst wird natürlich den Bäckern die Schuld zugeschoben, wenn die Ware nicht so ist, wie der Herr Reisende erklärt hat, und es werden dann verschiedene Herführungen probiert, und endlich merkt man, daß das billige Mehl nichts taugt. Ist es, daß es zu alt ist und keinen Klebergehalt mehr besitzt, oder schon auf dem Felde durch elementare Ereignisse nicht so eingehemft werden konnte wie es sein sollte, und die acht Bestandteile des Mehles vollständig oder zum Teil ruiniert sind, kurz und gut, das billige Mehl ist wertlos, ja, es schadet sogar dem Verein. Warum? In dieser Proberperiode leidet Aussehen und Geschmack des Brotes, und es werden viele Mitglieder ihren Bedarf bei Privatbäckereien decken; bis man diese Mitglieder wieder gewinnt, braucht es wieder eine Spanne Zeit, wenn verloren sind sie schneller als gewonnen.

Zweitens: Ein Mehl, welches verdorben, ergibt prozentual das Brot oder Quantum Teig nicht, als ein gutes, gesundes Mehl. Schlechtes Mehl hält einigermassen die Gärung aus; kommt es jedoch in den Ofen, bleibt es in seiner gleichen Größe, ja, es fällt sogar in sich zusammen und wird unansehnlich. Infolgedessen ist man genötigt, wenn man den Mitgliedern doch etwas bieten will, die Gewichtseinklage zu erhöhen, oder ein sehr gutes Mehl dazuzumischen, und somit ist das billige Mehl das teuerste geworden.

Das alles ist aber bei gutem Mehl ausgeschlossen. Sind die Bestandteile frisch und gesund, so ist die Verarbeitung eine leichtere und der Gewinn ein höherer. Durch jahrelange Übung im Einkauf erhält man eine gewisse Erfahrung, so daß man das Mehl nach dem Aussehen und Gefühl auf die Güte und Backfähigkeit beurteilen kann. Nachdem aber gerade in Konsumvereinen größere Abschlüsse gemacht werden, so sollten bei der Wichtigkeit dieses Rohstoffes genauere Untersuchungen, eventuell Backproben vorgenommen werden.

Kleinere oder mittlere Konsumvereine sind vor größeren Abschlüssen zu warnen, weil der Gewinn, der sich beim Einkauf momentan ergibt, den Verlust nicht ausgleicht, der sich in dieser Zeit ergibt, wo bei schnellstem Fallen des Mehlpreises das teure Mehl verbraucht werden muß.

Wenn dann Praxis und Theorie richtig zusammenarbeiten, dann ist es auch möglich, den Mitgliedern das Hauptnahrungsmittel, das Brot, in einer Art und Weise zum Kauf anzubieten, wie es dieselben verlangen können; dann braucht der Betrieb nicht eingeschränkt zu werden, sondern derselbe muß sich von Jahr zu Jahr erweitern im Interesse der Konsumenten, der Verwaltung und der Bäckerarbeiter!

Bäckerei-Mißstände.

Die Hygiene in ländlichen Betrieben. Wie weit der Kleinbetrieb in unserem Gewerbe sehr oft davon entfernt ist, allen hygienischen Ansprüchen zu genügen, ist bekannt. Am schlimmsten steht es in dieser Beziehung jedoch noch immer in den rein ländlichen Betrieben, die, abseits der großen Straße liegend, in der Regel von einer Revision niemals betroffen werden und in die auch die Organisation nur ausnahmsweise einmal Einblick nehmen kann. Eine genügende Nachkontrolle diesbezüglicher Angaben kann obendrein selten ausgeführt werden und so ist es nur von Zeit zu Zeit einmal möglich, die wahren Zustände an das Tageslicht zu ziehen. Heute müssen wir im Interesse der Bevölkerung jedoch wieder auf die Zustände in einem solchen stillen Winkel hinweisen. Es betrifft die Umgegend von Katharinenherd in Schleswig-Holstein, wo in den Drischaken verstreut einige meist mit Mühlenbetrieb verbundene Bäckereien existieren, die bei der Herstellung des Brotes edelereigenschaften und gesundheitschädliche Gewohnheiten pflegen. Es wird dort das Wasser zum Backen häufig aus Gräben und Mühlen geholt, aus denen auch das liebe Vieh seinen Durst zu stillen gezwungen ist; Rot liegt mitunter massenweise auf den Rändern dieser Gräben und wird bei Regenwetter natürlich in dieselben mit hinein gespült. Die Meister haben überhaupt dort zu Lande die Ansicht, daß das Wasser in Gräben, wenn auch Fische und Enten sich darin tummeln, zur Herstellung des Brotes einwandfrei sei, und ihre Entschuldigung geht dahin, daß sie ja oft gar kein anderes haben!

Das letztere wäre allerdings das schlimmste! Wir bezweifeln aber entschieden, ob in der Tat kein anderes reines Brunnenwasser zu beschaffen wäre, sobald nur die Gesundheitsbehörde das tut, was in diesem Falle ihre Pflicht ist, d. h. ein für allemal die Verwendung anderen Wassers bei hoher Strafe, eventuell Entziehung des Betriebsrechtes, verbieten würde. Es handelt sich um die Gesundheit der Bevölkerung!

Wir erwarten, daß die in Frage kommenden Bäckermeister jetzt ohne weiteres Fürsorge treffen, daß die Zustände sich ändern und nicht warten, bis von anderer Seite eine Besserung erzwungen wird. Die Sache könnte ihnen sonst etwas teurer zu stehen kommen.

Nürnberger Musterbuden. Schon öfter waren wir gezwungen, uns mit den standalösen Zuständen der hiesigen Bäckereien zu beschäftigen. Kürzlich ging uns wieder eine Beschwerde zu, nach welcher in der Bäckerei Hacker, Kleinrentnerweg, der Gehilfe mit dem Lehrling zusammen in einem Bette schlafen mußte. Das ganz kleine Dachkammerlein erhält durch eine Bodenlute Luft, die aber bei Regenwetter nicht geöffnet werden kann, so daß die Gesundheit der darin kampierenden unbedingt darunter leiden muß. Wenn sich in solchen Schlafräumen Ungeziefer einnistet, ist es kein Wunder, und der Lehrling befam Läuse. Auch ließ der Meister den Lehrling weiter arbeiten, obgleich derselbe mit einer Krankheit behaftet war, die im Krankenhaus auf Krüge kurirt wurde. Daß der Lehrling das Ungeziefer mit in die Bäckerei brachte, ist nicht zu glauben, da der Bäckermeister den jungen Menschen aus einer Erziehungsanstalt in Birmahsen erhielt, wo doch sicher peinlichste Reinlichkeit herrschen dürfte. Bäckermeister Hacker nimmt es überhaupt nicht allzugenau mit der Reinlichkeit. Kürzlich mußte von unserer Seite Anzeige bei der Nahrungsmittel-Polizei erstattet werden, da der Boden des Sauerfüßels mit alten Luchsefen verstopft war, um ein Heraustrücken der Säure zu verhindern.

In einer der ersten Konditoreien und Bäckereien waren die Bediensteten in einem derartigen Zustande, daß dieselben förmlich vor Schmutz starrten. Und es wäre noch lange keine Abhilfe geschaffen worden, wenn nicht ein Mitglied von uns dort Stellung erhalten hätte. Bei Bäckermeister St., Wöllernstraße, verunreinigten die Krüge die Mehlkörbe, so daß das Mehl stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. So könnte noch eine ganze Reihe von Bäckereien genannt werden, wo die Organisation in letzter Zeit hineingeleuchtet hat, wollen aber für heute das Kapitel schließen; wünschenswert jedoch die Herren Nürnberger Bäckermeister noch mehr derartige Feststellungen, so sehen wir zu Diensten. Auch mit den früheren Bäckermeistern werden wir uns gelegentlich beschäftigen müssen, da diese Morb und Peter über die neue Bäckerordnung schreiben, die nur die Aufhebung dieser Spelunken bewerkstelligen soll. Wollen unsere Bäckermeister sich den fortschreitenden Verhältnissen nicht fügen, so muß durch die Organisation nachgeholfen werden.

Schwäbische Backbudenhygiene. In Feuerbach bei Stuttgart, wo bekanntlich seinerzeit die Herren vom Backtag in einem lichten Moment die Nacharbeit abgekauft hatten (allerdings nur für ein paar Tage!), passierte es einem Kollegen, der das zweifelhafteste Vergnügen genoß, bei Herrn Ott in Arbeit zu stehen, daß er sich nicht in die Backstube begeben konnte, weil dieselbe abgeschlossen war. Als der neugierige Mensch nach der Ursache sah, entdeckte er, daß inzwischen die Backstube sich in eine Wabekassette verwandelt hatte. Windeln, Stissen und ähnliche nützliche Gegenstände waren auf dem Wirrkisse ausgebreitet und der Wabegast war der jüngste Sprößling des Herrn Meisters. Nun ging dem Gesellen ein Licht auf, weshalb es hin und wieder abends, wenn er zur Arbeit ging, in der Backstube so „lieblich“ duftete.

Allgemein wird in Feuerbach auch noch über zu lange Arbeitszeit und ähnliche Mißstände geklagt. Wir sehen also, daß in der Stadt, in welcher vor ungefähr zwei Jahren beinahe eine kulturelle Tat vollbracht worden wäre, wieder der alte dumpfe Innungsgeist sein Wesen treibt. Fragen wir, „wer trägt die Schuld?“ so finden wir nur die eine Antwort: Es ist die bodenlose Gleichgültigkeit der dortigen Kollegen! Wenn es besser werden soll, so gibt es nur ein Mittel: Die Feuerbacher Kollegen müssen sich dem Verbandsanschließen, früher werden diese Mißstände nicht verschwinden. Also, Kollegen von Feuerbach, befolgt diesen Rat!

In der österreichischen Feinbäckerei in Frankfurt a. M. herrschen recht eigenartige Zustände, die wir einmal an dieser Stelle beleuchten wollen. Der im vergangenen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag gilt auch für Herrn Schwarte (Inhaber des Betriebes), weil er Mitglied der Innung ist. Man möchte nun meinen, daß im größten Betriebe am Orte die Bestimmungen in ihrem vollen Umfange eingehalten werden. Was der kleine Bäckermeister mit ein oder zwei Gesellen fertig bringt, nämlich den Gehilfen nach den getroffenen Vereinbarungen zu entlohnen, das könnte gewiß Herr Schwarte als gutstimmter Mann ebenfalls tun. So besteht die Unsitte, daß die Ueberstunden überhaupt nicht bezahlt werden, obwohl im Vertrag die Vergütung der Ueberstunden mit 60 % vorgegeben ist. Ferner wird den letzten Gehilfen nicht der tarifliche Lohn bezahlt, sondern nur M. 21 oder 22, also M. 1-2 pro Woche weniger. Herr Schwarte ist vielleicht der Ansicht, weil die ersten Gehilfen M. 30-40 verdienen, so dürfen die letzten unter dem Tarif arbeiten, um so einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Oder neigt er der Meinung zu, die Nichtbezahlung des zutreffenden Lohnes und der Ueberstunden gleiche sich mit der für die Gehilfen angelegten Hausbibliothek aus? Soweit jedoch wir unterrichtet sind, wäre es den Gehilfen schon lieber, den Lohn nach dem Tarif zu erhalten, sie würden dann gerne auf die gestrichelte Kost in dem Lesezimmer verzichten.

Es ist ja richtig, daß, wie immer in solchen Fällen, die Gehilfen selbst schuld sind. Den Beitritt zum Verbands finden sie nicht notwendig; oder ist es Furcht, daß sie sich nicht organisieren? Vielleicht trifft beides zu! Bei den verantwortlichen Gehilfen ist die Meinung stark vertreten, sie brauchen den Verband überhaupt nicht, weil sie eine Lebensstellung haben und gut bezahlt sind. So hat ein jeder seine „Gründe“, um der Organisation fernzubleiben. Aber darüber hat sich wahrheitsgemäß noch keiner Gedanken gemacht, wie ungemein sie sich selbst schädigen durch ihr passives Verhalten dem Verbands gegenüber. Würden alle dem Verbands angehören, so könnte Herr Schwarte nicht unter dem Tarif bezahlen und den Gehilfen zuzunehmen, die Ueberstunden unentgeltlich zu leisten. Dieser Mißstand wäre schon längst beseitigt worden und für manchen wäre eine schöne Summe Mehrlohn herausgeholt worden; so aber wird einigen ihr saurer Verdienst noch geschmälert und Herr Schwarte, dem dieser Zustand außerordentlich behagt, ist der lachende Dritte. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, auch diesen Kollegen die Notwendigkeit der Organisation vor Augen zu führen. Wenn unsere gesteckten Ziele erreicht werden sollen, dann ist die Einigkeit aller ein Gebot der Pflicht.

Internationales.

Der englische Trades-Unions-Kongress. Der 41. englische Gewerkschaftskongress hat vor einigen Wochen in Nottingham getagt. Am Tage vor der Eröffnung und während der Tagung fanden, wie üblich, eine Reihe Sonderkonferenzen und öffentliche Versammlungen statt. So hielten die Eisenbahner und die

Bergleute Versammlungen ab, andere Konferenzen befassten sich mit der Unterrichtsfrage, der Frauenfrage, der Wohnungsfrage usw.; auch die sozialistische Partei hielt mehrere Meetings ab.

Den Vorsitz führte diesmal das bekannte Parlamentsmitglied (Arbeiterpartei) Shackleton, der auch Mitglied des internationalen Komitees der Textilarbeiter ist. Er behandelte in seiner Eröffnungsrede das Schankgesetz, von dem er annahm, dass es bei den Lords auf Widerstand stossen werde, die Unterrichtsfrage, die Alterspension usw. Am Schlusse seiner Rede kam er auf das Verhältnis Englands zu Deutschland zu sprechen. Er wendete sich gegen die Panikstifter diesseits und jenseits des Kanals. Leider hätten auch diese Unterstützung bei einigen bekannten vertrauenswürdigen, aber in diesem Falle irreführenden Freunden des Sozialismus gefunden. Durch die internationalen Kooperativgenossenschaften, durch die Gewerkschaften, und besonders die internationalen Kongresse werde der Völkerfrieden am meisten befestigt. Die Meinung, als ob der Krieg das alleinige Mittel der Auseinandersetzung zwischen den Nationen bilden könne, verliere immer mehr an Boden. Die Rede des Präsidenten wurde mit grossem Beifall aufgenommen.

Die Zahl der Delegierten, unter denen sich 7 Frauen befinden, beträgt 610, die zusammen 1 760 000 Mitglieder vertreten. Einer der ersten Gegenstände, die zur Verhandlung kommen, ist die Gründung einer Tageszeitung für die Arbeiterklasse. Nach dem Projekt eines hierzu gewählten Komitees soll eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden, mit einem Kapital von zwei Millionen Mark. Das Blatt soll mit einem halben Penny (Abonnements auf Zeitungen sind in England nicht üblich) abgegeben werden und täglich acht Seiten umfassen. Als Titel ist in Aussicht genommen: „The Morning Herald“. Bezeichnenderweise gab es über diesen Punkt fast gar keine Diskussion. Das Gründungskapital von zwei Millionen Mark müssten natürlich die Gewerkschaften aufbringen. Das wäre zwar nach dem Stande ihrer Kassen kein allzu grosses Opfer, aber das Gros der englischen Arbeiter ist von der Notwendigkeit einer eignen, nur ihre Interessen betreffenden Presse noch nicht voll und ganz durchdrungen. Man liess die Sache fallen, aber das Komitee wurde beauftragt, sie im Auge zu behalten, und man wird auch mit Hilfe des Registeramts dafür sorgen, dass die Gewerkschaften sich ohne Gefahr an einem solchen Unternehmen beteiligen können.

Seddon brachte eine Resolution ein, in der die Vergeudung von Zeit und Geld bedauert wird, welche durch die Abhaltung der verschiedenen Arbeiterkongresse entsteht. Das Komitee sollte den Auftrag erhalten, mit der Arbeiterpartei und mit der allgemeinen Federation der Gewerkschaften in Verbindung zu treten zwecks Verschmelzung dieser drei Kongresse. Dieser Antrag aber wurde abgelehnt. — Die Heilsarmee war auf dem vorigen Kongress beizichtigt worden, dass sie in ihren Tischlerwerkstätten in Spitalfield nach dem Schwitzsystem arbeiten lasse. Dieser Vorwurf wurde aufrecht erhalten; es wurde von verschiedenen Rednern betont, dass die Heilsarmee nicht bloss dort, sondern auch in anderen Berufen durch Lieferung von Arbeiten, die bei niedrigen Löhnen hergestellt sind, die Gewerkschaftslöhne herabgedrückt. Das Parlamentarische Komitee wurde beauftragt, eine nochmalige Untersuchung anzustellen.

Die Frage des Streikbruchs englischer Arbeiter brachten Sexton (Liverpool Dockers) und Havelock Wilson zur Sprache. „Der britische Trade Unionismus ist entehrt worden. Wo immer am Kontinent ein Streik ausbricht, blicken die Arbeiter besorgt nach England, jetzt der beste Rekrutierungsboden für Blacklegs.“ Sexton forderte den Kongress auf, sein tiefstes Bedauern auszusprechen, und verlangt vom Parlament die Ausdehnung des Werbegesetzes, wonach das Anwerben von Engländern für fremde Heere verboten ist. Der Kongress stimmt diesem zu.

Henderson behandelte das Verhältnis zwischen Arbeiterpartei und Trade Unions. Die bürgerlichen Parteien und deren Presse in England beginnen nach demselben Rezept zu verfahren wie ihre Vettern in Deutschland. Sie reden den Gewerkschaften vor, dass sie sich ganz in den Händen der Sozialisten befänden, dass dies gefährlich für sie werden könne usw. Henderson betonte demgegenüber, dieser Versuch, die beiden Flügel der Arbeiterbewegung auseinanderzureissen, werde nicht gelingen, denn beide überzeugten sich immer mehr, dass sie zusammengehören.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen diesjährigen Kongress das Problem der Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der Arbeitslosen durch Staatshilfe. Bei jedem Punkte der Tagesordnung kommt diese Frage immer mehr zum Durchbruch. Shackleton erklärte sich durch den Minister Gladstone autorisiert, dem Kongress mitzuteilen, dass demnächst eine Kommission eingesetzt werden würde, um diese Frage zu studieren. Die Art der folgenden Diskussion und die gefassten Beschlüsse sind recht bezeichnend für die gegenwärtige Stimmung in den Kreisen der englischen Arbeiterschaft. Die gegenwärtige sehr schwere Krisis schärft ihren revolutionären Sinn. Pete Curronn betonte, dass die Arbeitervertreter im Parlament keine Schuld trifft, wenn es zu Unruhen komme. Bei jeder Gelegenheit sei die Regierung auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Problem der Arbeitslosenunterstützung endlich zu lösen. In sieben Minuten habe das Parlament 600 Millionen für Armee und Flotte bewilligt, um eine nach seiner Meinung imaginäre Invasion zu verhindern. Dem Genossen Thorne geht der Anspruch auf das „Recht der Arbeit“ nicht weit genug; das sei lediglich ein Palliativmittel. Das Problem werde nicht eher gelöst sein, als bis die Arbeiter die Kontrolle über die genannten Produktionsmittel haben.

Aus Schweden. (Situationsbericht.) Nachdem die grosse Bewegung siegreich zu Ende geführt ist, verschiebt der Verbandsvorstand ein Verzeichnis der Tarifabschlüsse, die im laufenden Jahre 1908 vollzogen wurden. Es kommen folgende Städte in Betracht: Göteborg (Bäckereien und Konditoreien) zwei Tarife, Landskrona, Vesteras, Gävle und Umgebung drei Tarife, Hedemora und Stockholm (Feinbäckereien und Kon-

ditoreien) ein Tarifabschluss, sowie Oerebro (Konditoren), Karlskrona, Hudiksvall, Sundsvall, Gallivare-Malmberget, Karlsstad, Strömstad, Solleftea, Udevalla, Kalmar, Malmö (weibliche Mitglieder), Boden, Kil und Köping mit je einem Tarifabschluss. Im ganzen sind also 21 Tarife mit den Arbeitgebern abgeschlossen worden. In den Städten Lund (am 1. Oktober), Trelleborg (am 31. Dezember) laufen die bestehenden Tarife ab, und stehen daher Lohnbewegungen in Sicht.

Gestreikt wurde in den vier Städten: Landskrona, Karlskrona, Oerebro (Konditoren) und Trelleborg sowie in einigen Landortschaften; in letzteren wurden jeweils Tarife von den betreffenden Arbeitgebern unterschrieben. Aussperrungen haben dagegen in der Stockholmer Kakesfabrik stattgefunden, die sofort mit vollständiger Niederlegung der Arbeit beantwortet wurden und in kurzer Zeit mit dem Sieg der Arbeitnehmer endigten. Im ganzen können wir mit dem Resultat zufrieden sein; kurz zusammengestellt haben wir erreicht: 1. Die Arbeitszeit ist um 2 bis 3 Stunden pro Woche und Mann verkürzt. 2. Lohnerhöhung von 2, 3 und 4 Kronen pro Woche. 3. Die Unglücksversicherung ist verbessert bis zu 2 Kronen pro Tag, gerechnet vom vierten Tag und sowohl innerhalb wie ausserhalb der Arbeitsstätte. 4. Verkürzung der Nachtarbeit event. höhere Bezahlung derselben. 5. Erhöhung der Ueberarbeitsgelder von 10, 15 und 25 Oere pro Stunde. 6. Eine Woche Sommerferien in verschiedenen Tarifen mit fortlaufender Lohn- und Aushilfsbezahlung, sowie Anerkennung unserer Organisation und Beschäftigung von nur Verbandsmitgliedern. Der Verbandsvorsitzende fügt diesen Mitteilungen noch hinzu, dass er persönlich, und wohl mancher mit ihm, zunächst zufrieden mit dem Errungenen ist, doch fehlt es auch hier nicht an solchen, die das Erreichte nicht für genügend halten. Nun, es lebe diese Unzufriedenheit! Sie treibt immer weiter vorwärts und sorgt dafür, dass wir uns immer bereit halten zum Kampf für unsere Freiheitsideale und unsere Rechte! „Vorwärts“ sei unsere Losung, vorwärts zu Kampf und Sieg!
Harald Frandsen.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Einen schönen Sieg haben die Berliner Konditoren errungen. Am Freitag, den 2. Oktober, fanden die Wahlen der Arbeitnehmervertreter der Ortskasse der Konditoren statt. Vor etwa vier Jahren war es dem damaligen Konditorenverband gelungen, die „Hirsche“ aus der Verwaltung dieser Kasse, die sie seit Bestehen in Händen hatten, zu verdrängen. Bei der Wahl zur Generalversammlung vor zwei Jahren setzten die Hirsche und Nationalen alle Hebel in Bewegung, um die verlorene Position wieder zu erwerben, was um so begreiflicher war, als die Hirsche während ihrer Herrschaft es meisterlich verstanden hatten, in der Kasse sich auch einen festen Stützpunkt ihrer Organisation zu schaffen. Aber sie hatten sich gründlich verrechnet, denn die Liste des Konditorenverbandes stieg damals, und trotz aller Protestiererei an vorgelegte Behörde usw. hatten Schaffner und Genossen ausgespielt. Was Wunder also, wenn die Hirsche jetzt wieder mit allen Mitteln arbeiteten, um dies mal aus dem Felde zu schlagen. Um ganz sicher zu gehen, hatten die edlen Seelen vor einiger Zeit mit den gelben Bäckern und den „Halleischen“ Konditoren einen Pakt geschlossen, angeblich, um das Kommissionsverfahren zu bekämpfen, in Wirklichkeit aber, um die ausgiebige Unterstützung ihrer neuen Verbündeten zu erlangen, die ihnen ja auch reichlich gewährt wurde.

Trotzdem brachten sie es auf ganze 95 Stimmen! Da aber nur 94 Delegierte zu wählen waren, haben ihre Kandidaten bloß sich selbst gewählt und nur ein Anhänger der Hirsche kann außer ihren Kandidaten noch für ihre Liste gestimmt haben! Die Liste des Verbandes erhielt dagegen 297 Stimmen, also dreimal soviel als die Hirsche. Verachtender konnte schlechterdings die Niederlage dieser Leuten nicht ausfallen. Es müßte denn sein, daß die eigenen Kandidaten der Verbündeten nicht für die Wählerliste, sondern für die unsere stimmten, was diesmal aber wohl nicht anzunehmen ist.

Es ist das für uns nicht nur ein wirklich schöner Sieg, sondern auch in anderer Beziehung ein schätzenswerter Erfolg; war doch die Wahlberechtigung fast doppelt so groß als vor zwei Jahren. Ganz besonders waren auch die Arbeiterinnen angetreten und machten bald die Hälfte aller Wählenden aus. Es ist dies das beste Zeichen, daß es anfängt, auch in diesen Kreisen in Berlin zu tagen, und berechtigt zu den besten Erwartungen für die zukünftige Agitation.

Dringend nötig ist es aber wirklich auch, daß die Kollegen endlich erwachen und ihr Sklavenjoch abzuschütteln versuchen.

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Christentatli. Die „Christen“ führen den Boykott gegen die Firma „Holbutko“ in Dortmund unentwegt fort. Die Gründe, die die Herren für ihr Vorgehen haben, sind unserer Lesern bekannt, nicht so aber die Taktik, die man in der Führung dieses „Kampfes“ beliebt.

Neben dem Dortmunder „Holbutko“-Geschäft existieren solche, d. h. mit gleichem Namen, auch noch in Köln und Umgebung, die aber mit dem Dortmunder Geschäft in keiner Weise identisch sind. Die Zentrums-Presse, deren sich zur Propaganda des Boykotts der „christliche“ Verband bedient, weist nun auch auf diese Kölner Geschäfte hin, womit zugleich der „christliche“ Arbeiter zum Boykott derselben aufgefordert wird.

Dieses Vorgehen seitens des „christlichen“ Verbandes und der Zentrums-Presse veranlaßt jetzt den Inhaber der Kölner Geschäfte zu folgender Aufklärung in den Zentrumsblättern:

Zur Aufklärung!

„Holbutko“. Durch die Tagespresse läuft gegenwärtig eine Nachricht, die Dortmunder Firma Holländische Butter-Compagnie, Adersmann & Co. Nachfolger, die ihre Geschäfte unter unserer alten Bezeichnung „Holbutko“ führt, habe durch einen Tarifvertrag mit dem sozialdemokratischen Bäckerverband die christlichen Arbeiter von ihrem Betriebe ausgeschlossen.

Wir haben dieser Sache bisher keine Beachtung geschenkt, da aber versucht wird, dies gegen uns auszuwerten, so bringen wir hiernit zur Kenntnis, daß die Dortmunder Geschäfte zwar von uns gegründet, aber schon

vor etwa 15 Jahren verkauft worden sind, und daß wir seit langen Jahren mit der Dortmunder Firma in keiner Verbindung mehr stehen.

Eine eigene Bäckerei besitzen wir nicht, wir beschäftigen somit auch keine Bäcker und haben demnach mit der An gelegenheit absolut nichts zu tun.

Adersmann & Co., Köln a. Rh.

Wir haben also hier den skandalösen Fall zu verzeichnen, daß der „christliche“ Verband im Verein mit der Zentrums-Presse ohne weiteres ein Geschäft boykottiert, mit dem er gar nichts zu tun hat. Die Herren in Düsseldorf haben es anscheinend gar nicht der Mühe wert gehalten, sich auch nur im geringsten danach zu erkundigen, ob die Kölner Geschäfte mit den Dortmundern etwas gemein haben, sondern haben einfach darauflos boykottiert. Es ist kaum glaublich, was der Mensch in ohnmächtigen Wutausfällen fertig bringt.

Selbstredend darf man nun nicht glauben, daß ob dieses Reinfalls die Herren Gewerkschaftsdriften etwas lernen. Nein, die werden auch weiterhin von „leichtfertiger sozialdemokratischer Streiftatli“ reden und die Zentrums-Presse wird deswegen auch nicht von „leichtfertiger christlicher“ Boykott-Taktik schreiben.

Ein meistertreuer Salunkensreich. In Gutschdorf bei Striegau arbeitete der Bäckerjunge Paul Siebich bei einer Wittfrau, doch da er seine Arbeit nicht ordentlich versah, erfolgte die Kündigung. Hierauf wollte sich das meistertreue Bürgschchen rächen. Er goß das Petroleum der Lampen aus ihren Behältern und füllte diese mit Wasser, zerhackte den Kehr wisch, verstopfte die Zugröhren und streute das Bäckschrot voll Sand. Dann überredete er noch den jüngeren Kollegen, die Arbeitsstätte mit zu verlassen, was dieser auch tat, so daß die Frau mit neuen Leuten arbeiten mußte und weder hin noch her wußte.

Die gelbe Rechnung. Es ist eigentlich schändlich, daß unser gelber Karl, den wir zu unserem Spezialbergnügen in die Reihen der Gelben gesteckt haben, Gelegenheit fand, mit nach Kiel durchzurutschen, und daß infolge seines uns gelieferten Berichtes auch Hartmann im Organ für Wahrheit und Recht ausführlich die ganzen gelben Kassengeheimnisse nun in die Öffentlichkeit bringen muß. Am schönsten nimmt sich die Abrechnung aus, wenn man sie mit dem Bericht des sogenannten „Geschäftsführenden Vorstandes“ vergleicht. Der „Präsident“ verübte bekanntlich, daß in ungefähr 170 Ortschaften ganz genau 10 024 gelbe Mitglieder vorhanden wären, aber der arme Schatzmeister mußte erklären, daß 2821 alte Mitglieder M. 1410,50 an Beiträgen und 1528 neue Mitglieder M. 916,80 an Aufnahmegebühren und Beiträgen entrichtet hätten. Das macht 4349 Mitglieder, so daß, wenn der „Präsident“ nicht kurz vorher frech geschwindelt hat, die anderen 5675 wahrscheinlich beitragsfreie Ehrenmitglieder sind. Amüßant ist auch, daß die gesamte Jahresrechnung aus diesen Beiträgen fast vollständig für den Erfurter Bundestag und für die Reisespender des Herrn Wischnöbski aufging und die gelben Kollegen eigentlich von der gesamten Einnahme nur M. 32,90 in Gestalt von Schleifen und Fahnenmägeln wieder zu sehen bekamen. Na, das war doch wenigstens etwas!

Etwas vorfichtiger sind in der Aufstellung der Rechnung die gelben Rechnungsführer diesmal in bezug auf die Portoausgaben geworden. Da haben die vorjährigen Ohrfeigen, die wir ihnen appliziert hatten, erzieherisch gewirkt und wahrheitsgemäß noch etwas Geschmach hinterlassen; die ausgegebene Summe von M. 279,90 kann mit den circa 7000 Postausgängen in Einklang stehen, da es sich ja in der Hauptsache doch nur um den fleißigen Vertrieb der gedruckten Hartmannschen Geistesblitze handelt. Daß der „Präsident“ aber ein Arbeitspferd ist, das mit Geld gar nicht bezahlt werden kann, ersieht man aus diesem ganzen Bericht. Neben seiner Hauptbeschäftigung als Werkmeister und seiner Nebenbeschäftigung als Mann einer Zigarrenhändlerin — was doch auch mitunter Arbeit macht — hat er nicht nur allein als Nebenbeschäftigung die M. 801,50 an Reisespensen aufarbeiten müssen, sondern hat noch jeden Arbeitstag circa 23 Posteingänge und 30 Postausgänge zu erledigen gehabt. Das ist doch allerlei von Gustab! Freilich trifft auf ihn das Wort Schillers zu: „Arbeit ist des Bürgers Zierde — Segen ist der Mühe Preis.“ Das sieht man an seinen Erfolgen und den kolossalen Fortschritten des gelben Bundes, welche Hartmann alle 14 Tage in die Welt hinausposaunt. Diese Fortschritte sind seit August 1908 so groß geworden, daß der gelbe Buchdruckerbäcker gar nicht mehr angeben kann, in welcher Höhe er die Auflage des Bundesorgans herstellt. Bis zum genannten Monat prangte am Kopfe des Organs für Wahrheit und Recht immer die Angabe, daß dieses in 11 000 Exemplaren regelmäßig zum Verlande komme — merkwürdig, daß bei dem stetigen Wachsen des Bundes die Zahl immer die gleiche blieb —, aber seitdem schweigt Hartmanns Höflichkeit vollständig. Er kann es eben nicht mehr bewältigen, diese Zahlen eben so gewissenhaft wie bisher festzustellen, und hat somit schnell eine andere Zeile eingeschrieben müssen. Gustab arbeitet viel zu erfolgreich!

Anzeigen.

Allen Mündener Bäcker- und Konditorengelühen

empfehlen sich zur Anfertigung von Herren-garderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie

Georg Prem, Walterstr. 19/0.

Bäcker-Sport-Club 1908, Berlin.

Jeden Dienstag und Freitag von 3—6 Uhr Übungsstunde im Restaurant Borchardt, Köpenickerstraße 158. Gäste willkommen!

Geschäftsempfehlung!

Allen Verbandskollegen und Freunden zur Kenntnis, daß ich am 1. Oktober die

Restaurations-Lokalitäten in Frankfurt a. M., Rotlindstr. 60

übernommen habe.

Friedrich Gramh.

X-u-O-Beine verdeckt Triumph D. R. M. Neu! Keine Polster. Eleg. bequem. Masse unnötig. Angabe ob X oder O. Diskr. Versand. Prospekt gratis. Preis bei Vereinsendung Mk. 3.50 frei. Nachn. Mk. 3.95 frei. Adolf Benecke, Berlin W. 30/ Frankenstr. 8.

Backmeister gesucht.

Zum möglichst baldigen Eintritt suchen wir einen in seinem Fache tüchtigen

ersten Backmeister

der es in jeder Beziehung versteht, einer Bäckerei mit sechs Doppel-Auszugsöfen, System Berner & Pfeiferer, korrekt und gewissenhaft vorzustehen, und die Rheinischen Brotverhältnisse genau kennt.

Schriftliche Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit, Gehaltsansprüchen und Eintrittsmöglichkeit bis zum 20. Oktober d. J. erbittet

Konsum-Genossenschaft „Hoffnung“, c. G. m. b. H.

[M. 6,60]

Mülheim am Rhein.

Zur Beachtung!

Heute ist der 42. Wochenbeitrag (11. bis 17. Oktober) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Freitag, 11. Oktober:

Altenburg: Im „Schwarzen Adler“. — **Bergedorf:** Nachm. 4 Uhr im „Deutschen Haus“, Sachsenstr. 4. — **Dortmund:** Nachm. 4 Uhr bei Behle, Brüderstr. 16. — **Eisenach:** Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Zur Rose“, Mühlhäuserstr. 5. — **Halle a. d. S.:** Nachm. 3 Uhr „Zum weißen Roß“, Geisstraße 5. — **Hannover:** Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Baustraße. — **Mühlhausen i. G.:** Nachm. 2 Uhr bei Sedler, Dornacherstr. 51. — **Neumünster:** Nachm. 4 Uhr bei Burg, Plönerstr. 7. — **Neuß:** Vorm. 11 Uhr bei Franz Kraus, Am Markt 11. — **Rostock:** Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Beguinenberg 10. — **Solingen:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kölnerstraße. — **Stadthagen:** Im Lokal Webberhahn, Schirnstraße.

Montag, 12. Oktober:

Breslau (Konditoren und Zuckerwaren-arbeiter und Arbeiterinnen): Abends 8 Uhr in der „Stala“, Nikolaistraße. — **Biersen:** Abends 6½ Uhr bei Hahn, „Zum Kaiser Karl“, Kaiserstraße.

Dienstag, 13. Oktober:

Bielefeld: Nachm. 5½ Uhr bei Blome, Weberstr. 5. — **Erfurt:** Nachm. 3 Uhr im „König von Preußen“, Futterstraße 9. — **Fürth i. B.:** Nachm. 2½ Uhr bei Simader, Gartenstr. 1. — **Heidelberg:** Nachm. 3 Uhr „Zum goldenen Römer“, Hauptstr. 41. — **Rosenheim:** Im „Frühlingsgarten“.

Mittwoch, 14. Oktober:

Angsburg: Im „Mittelbacher Hof“, Jesuitengasse. — **Köln a. Rh. (Bäcker):** Nachm. 4 Uhr im Volkshaus, Severinstr. 199. — **Pomburg v. d. S.:** Nachm. 2 Uhr bei Rappus, „Zur neuen Brücke“. — **Konstanz:** Im „Walhalla“, Zogelmannstraße. — **Landshut i. B.:** Im „Hofbräu“, Neustadt 444. — **Schmölln:** Nachm. 3 Uhr in der „Zentralhalle“. — **Strasbourg i. G. (Bäcker):** Versammlung. — **Striegau:** Im Saucz Lokal, Wilhelmstraße.

Donnerstag, 15. Oktober:

Cassel: Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wolfshagerstr. 5. — **Darmstadt:** Nachm. 4½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. — **Kaiserlautern:** Nachm. 4 Uhr im Gasthaus „Zur Burg“, Steinstr. 20. — **Lörrach i. B.:** Nachm. 8½ Uhr im „Mierhof“, Wafelerstraße. — **Ludwigs-hafen:** Nachm. 3 Uhr „Zum alten bayerischen Hiesel“, Bismarckstraße 100. — **Pirmasens:** „Zur Traube“, Schloßstraße.

Freitag, 16. Oktober:

Braunschweig: Nachm. 3½ Uhr in Stegers Bierbalk, Stobenstr. 9. — **Zeitz (Konditoren und Hilfs-arbeiter):** Im Restaurant Müller, Kaiser Wilhelmstraße.

Sonntag, 17. Oktober:

Eberfeld: Abends 8 Uhr im Volkshaus. — **Hannover (Schokolade und Zuckerwarenfabriken):** Abends 8 Uhr Knochenhauerstr. 1 (Referent: Heßgold-Berlin). — **Nürnberg (Konditoren):** Abends 8½ Uhr im „Historischen Hof“. — **Stettin (Konditoren und Tagelöhner):** Bei Albert Diptow, König Albertstr. 48.

Sonntag, 18. Oktober:

Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Bremerhaven:** Nachm. 4 Uhr bei Schläter, Deichstraße. — **Celle:** Nachm. 4 Uhr bei Knop, Friesenwiese. — **Selkenerhagen:** Nachm. 4 Uhr bei Jagenhag, Hochstraße. — **Neunkirchen (Saarrevier):** Bei Julius Schmidt, Bergstraße. — **Odenburg i. G.:** Bei L. Schuhmacher, Kurbißstr. 28. — **Weihenfeld:** Im Gewerkschaftshaus, Merseburgerstr. 16. — **Zeitz:** Vorm. 11 Uhr im „Franziskanerkeller“ (Referent: Gaultier Lantès).

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Bismarckstr. 57. — Verlag von D. Altmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Luer & Co. in Hamburg.